

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Gender Budgeting im
Landeshaushalt Baden-Württemberg
- Pflicht oder Kür?**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer

Bachelor of Arts (B.A.)

vorgelegt von

Katharina Bosch-Hörner

Studienjahr 2010/2011

Erstgutachterin:

Frau Jutta Breitenstein, Dipl. Kffr., Dipl. Verw.-Wirtin (FH)

Zweitgutachterin:

Frau Sybille Huber, Dipl. Verw.-Wirtin (FH)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abbildungsverzeichnis	IV
Anlagenverzeichnis.....	V
Abkürzungsverzeichnis	VI
1. Einleitung.....	1
2. Grundlagen.....	3
2.1 Begriffsbestimmung.....	3
2.2 Geschichte und Verbreitung.....	6
2.3 Rechtsgrundlagen	9
2.4 Ziele von Gender Budgeting.....	10
2.5 Instrumente des Gender Budgeting.....	12
2.6 Grenzen und Kritik an Gender Budgeting.....	15
3. Umsetzung von Gender Budgeting im Haushaltsverfahren.....	18
3.1 Haushaltsstruktur	19
3.2 Methodische Grundlagen	20
3.3 Umsetzung von Gender Budgeting	21
3.3.1 Klassifizierung nach Gleichstellungsrelevanz.....	22
3.3.2 Ziele und Indikatoren.....	24
3.3.3 Ist- Analyse: Geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse	25
3.3.4 Soll/Ist-Abgleich: Gender-Wirkungsanalyse	27
3.3.5 Ableitung von Handlungsempfehlungen.....	28
3.4 Gender Budgeting im Haushaltsprozess	29
3.4.1 Haushaltsplanaufstellung	30
3.4.2 Haushaltsvollzug	30
3.4.3 Rechnungslegung	31
3.4.4 Genderinformationen im Haushalt.....	31
3.5 Voraussetzungen für effektives Gender Budgeting	32

4. Gender Budgeting im Landeshaushalt Baden-Württemberg	34
4.1 Entwicklung und Beschlusslage	35
4.2 Erprobung der Gender-Budget-Nutzenanalyse im Landeshaushalt	37
4.2.1 Erprobungsbereiche	38
4.2.2 Datenerhebung und Abbildung von Genderinformationen	39
4.3 Zeitlicher Ablauf und Perspektiven	40
5. Länderumfrage zur Umsetzung von Gender Budgeting.....	40
5.1 Vorgehensweise bei der Untersuchung.....	41
5.2 Auswertung der Umfrageergebnisse	42
5.2.1 Bekanntheitsgrad und Umsetzungsstand von Gender Budgeting	42
5.2.2 Bewertung des Gender Budgeting Konzepts.....	48
6. Fazit und Ausblick	50
Anlagen	VIII
Literaturverzeichnis	XVII
Verzeichnis zitierter Internet-Quellen	XXV
Ehrenerklärung.....	XXVII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Haushaltsentscheidungen aus geschlechtspolitischer Sicht.....	6
Abbildung 2:	Gender Budgeting Instrumente von Diane Elson.....	12
Abbildung 3:	Ansatzpunkte der Gender Budgeting Instrumente.....	15
Abbildung 4:	Zusammenhänge Input, Output, und Outcome.....	20
Abbildung 5:	Umsetzungsschritte von Gender Budgeting	21
Abbildung 6:	Klassifizierung der Ausgabeposten nach Gleichstellungsrelevanz	23
Abbildung 7:	Kaskadierung von gleichstellungspolitischen Zielen.....	24
Abbildung 8:	Wirkungskategorien der Gruppe B-Titel	28
Abbildung 9:	Gender Budgeting im Budgetkreislauf	29
Abbildung 10:	Wesentliche Schritte bis zur Pilotierung von Gender Budgeting.....	36
Abbildung 11:	Pilot Wirtschaftsministerium.....	38
Abbildung 12:	Pilot Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren.....	39
Abbildung 13:	Umsetzungsstand von Gender Budgeting auf Länderebene.....	43
Abbildung 14:	Bundesländer, die Gender Budgeting anwenden	45
Abbildung 15:	Parlamentarische Anfragen zu Gender Budgeting (Länder gesamt)	47
Abbildung 16:	Bewertung des Gender Budgeting Konzepts.....	48
Abbildung 17:	tabellarische Auswertung der GB Bewertung	XVI

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Antwort BMFSFJ	VIII
Anlage 2: Grundgesamtheit der Befragten	IX
Anlage 3: Fragebogen	X
Anlage 4: E-Mail Anschreiben	XIII
Anlage 5: Begleitschreiben	XIV
Anlage 6: Erinnerungsemail	XV
Anlage 7: Auswertung der Bewertung des GB Konzepts	XVI

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEDAW	Committee on the Elimination of Discrimination against Women
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
et al.	et alii
etc.	et cetera
f. / ff.	folgende / fortfolgende (Seite/n, Randnummer/n)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FM	Finanzministerium
GB	Gender Budgeting
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i. Br.	im Breisgau
k. A.	keine Angabe/n
LHO	Landeshaushaltsordnung

LT-Drs.	Landtagsdrucksache
Nr.	Nummer
NSI	Neue Steuerungsinstrumente
o. g.	oben genannt/e
o. J.	ohne Jahr
o. V.	ohne Verfasser
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
Rn.	Randnummer
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TOP	Tagesordnungspunkt
u. a.	und andere
UA	Unterabschnitt
UNO	United Nations Organisation
UNDP	United Nations Development Program
UNI-FEM	United Nations Development Fund of Women
URL	Uniform Resource Locator
vgl.	vergleiche
VV	Verwaltungsvorschrift
VZÄ	Vollzeitäquivalente
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

1. Einleitung

Die Sprichwörter „Geld regiert die Welt“ und „Ohne Moos nichts los“ bringen die Bedeutung des Geldes prägnant auf den Punkt. Ohne finanzielle Mittel ist die Umsetzung der besten Ideen und Projekte im privaten als auch im öffentlichen Bereich nicht möglich. Unendlich viele Bedürfnisse stehen einem begrenzten finanziellen Budget gegenüber.

Das Ringen um die „richtige“ Verteilung der öffentlichen Mittel ist in einer Demokratie eines der wichtigsten Rechte der Volksvertreterinnen und Volksvertreter – Etatrecht, das „Königsrecht“ des Parlaments.¹ Der Haushalt ist dadurch ein Spiegelbild von Werthaltungen, Prioritäten und der Verteilungsstruktur in einer Gesellschaft sowie ein Ausdruck der Politik.² Die Wirkung der in einen Haushaltsplan „gegossenen“ Verteilungspolitik trifft durch Einnahmen und Ausgaben unmittelbar und mittelbar die Bevölkerung. Auf der Landesebene sind die Themen Sicherheit, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur von großer Bedeutung. Investiert das Land in den Ausbau einer Autobahn oder fördert es den Ausbau von Kindertageseinrichtungen? Das würde zum Einen weniger Staus, Entlastung von Landstraßen, steigende Lebensqualität in entlasteten Gemeinden, zum Anderen Erhöhung der Kinderbetreuungsplätze, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, höhere Erwerbstätigkeitsquote von Frauen und Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen/Familien bedeuten.

Die Frage nach der Wirkung des staatlichen Handelns ist nicht neu. Spätestens seit der Verwaltungsmodernisierung und Einführung der neuen Steuerungsinstrumente³ erfolgt die Orientierung zunehmend am

¹ Vgl. Lober, E: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 29.

² Vgl. Lichtenegger, R./Salmhofer, G.: Vorwort, 2006, S. 7.

³ Als Neue Steuerungsinstrumente (NSI) werden Maßnahmen bezeichnet, mit denen die Verwaltung folgende Ziele verfolgt: Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen, ziel- und ergebnisorientierte Planung und Steuerung, Erhöhung der Kostentransparenz auf allen Ebenen, Steigerung der Flexibilität der Verwaltung, Erweiterung der Handlungsspielräume und Erhöhung der Mitarbeitermotivation; ausführlich dazu vgl. Lober, E: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 114ff.

Ergebnis sowie der Wirkung und nicht allein nach dem Ressourceneinsatz.

Gender Budgeting (GB) bringt in die Wirkungsbetrachtung des Haushalts den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit ein. „Welche Auswirkung hat die jeweilige finanzpolitische Maßnahme auf die Gleichstellung der Geschlechter – verringert sie die Ungleichheit, vergrößert sie sie oder lässt sie sie unverändert?“⁴

Wer profitiert von Kindertageseinrichtungen? Die Frauen, denn es wird ihnen ermöglicht, berufstätig zu sein bzw. zu bleiben. Wer profitiert vom Autobahnausbau? Hier wird es bereits schwierig mit der Geschlechterzuordnung.

Ziel dieser Arbeit ist es, Grundlagen der Strategie GB vorzustellen. Lediglich angerissen wird die internationale und nationale Verbreitung. Weiterhin gilt es nachzufragen, inwieweit eine Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Einführung von GB besteht bzw. abgeleitet werden kann (Kapitel 2).

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Erörterung des Implementierungsverfahrens von GB in den Haushaltskreislauf (Kapitel 3). Es wird der baden-württembergische Weg zur Erprobung von GB im Landeshaushalt aufgezeigt (Kapitel 4). Ferner bieten die Ergebnisse der durchgeführten Befragung zum Einführungsstand von GB auf Länderebene einen umfassenden Abriss des Ist-Stands zum Thema GB in den Bundesländern (Kapitel 5).

GB ist in der feministischen Makroökonomie verankert⁵. Makroökonomische Aspekte werden in der Arbeit soweit erforderlich erwähnt, jedoch nicht detailliert behandelt.

Die Gliederung folgt einer deduktiven Vorgehensweise.

⁴ Elson, D.: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting?, 2002, 15f.

⁵ Vgl. Frey, R.: Das bisschen Haushalt?, 2003, S. 88.

2. Grundlagen

GB ist ein Partizipationsmodell, das seinen Ursprung in gesellschaftlichen Strömungen⁶ hat. Im Folgenden wird eine Verortung von GB vorgenommen. Es werden die Wurzeln aufgezeigt und die weltweite Verbreitung angerissen. Diese Strategie erlangt in Deutschland erst seit jüngster Zeit politische Bedeutung und bekommt im „Windschatten“ von Gender Mainstreaming Aufwind.⁷ Dies wird u.a. bei der Betrachtung der Rechtsgrundlagen deutlich. Neben Zielen und Instrumenten von GB stehen Grenzen und Kritik des GB Konzepts im Fokus des 2. Kapitels.

2.1 Begriffsbestimmung

Der englische Begriff „**Gender Budgeting**“ hat in seiner englischen Ursprungsfassung in den deutschen Sprachgebrauch Eingang gefunden. Wie bei „Gender Mainstreaming“ wird auf eine deutsche Übersetzung zumeist verzichtet, weil der Bedeutungsgehalt eingeschränkt werden würde.⁸ „Die treffendste deutsche Übersetzung stellt der Begriff geschlechtergerechte Budgetgestaltung dar.“⁹

Im Englischen wird unterschieden zwischen sex als biologischem und gender als soziokulturellem Geschlecht. Der Begriff „**gender**“ beschreibt die erlernte Geschlechterrolle, die durch gesellschaftliche Einflüsse geprägt wird.¹⁰ „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“¹¹

„**Budget**“ in „Gender Budgeting“ bezieht sich auf die öffentlichen Haushalte.¹² Zu berücksichtigen ist jedoch:

„... dass die allgemein übliche Verwendung des Begriffs „Budgets“ insofern irreführend ist, als die Arbeit im Rahmen Gender Budgeting zum Teil weit über das Budget und dessen Analyse im engeren Sinne hinausgehen und sich auch auf wirtschaftspolitische Konzepte,

⁶ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 12.

⁷ Vgl. Frey, R.: Das bisschen Haushalt?, 2003, S. 87.

⁸ Vgl. Sozialministerium Baden-Württemberg: Gender Mainstreaming, 2003, S. 3.

⁹ Klatzer, E.: Budgetgestaltung, 2006, S. 133.

¹⁰ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 17ff.

¹¹ De Beauvoir, S.: Das andere Geschlecht, 1949/1960, S. 94.

¹² Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 155ff.

Institutionen und Prozesse sowie auf Möglichkeiten einer geschlechtergerechten Umgestaltung öffentlicher Haushalte beziehen.“¹³

In der Literatur findet sich eine Fülle von Begriffen, die weitgehend als Synonym für GB verwendet werden.¹⁴ Diese sind „Resultat der vielfältigen Wurzeln und Entstehungszusammenhänge.“¹⁵

Während sich der Terminus „Gender Budgeting“ auf den Einführungsprozess und die kontinuierliche Handhabung des geschlechterspezifischen Haushalts bezieht, zielt die Bezeichnung „Gender Budget“ in der Bedeutung auf das Ergebnis des geschlechterspezifischen Haushalts ab.¹⁶ Beide Begriffe werden heute weitgehend in den europäischen Ländern verwendet.¹⁷ Weltweit durchgesetzt hat sich ebenfalls der Terminus „Engendering Budgets“. „‘Engendering‘ drückt aus, dass organisatorisch und analytisch ein Prozess in Gang gesetzt wird, der Geschlechterverhältnisse zum Thema machen soll.“¹⁸

Vorzufinden sind auch die Bezeichnungen GB als Teilstrategie von Gender Mainstreaming im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik¹⁹, Gleichstellungsstrategie²⁰ oder Instrument des Gender Mainstreaming.²¹ Die Reduzierung auf ein Instrument des Gender Mainstreaming wird dem gesellschaftspolitischen Anspruch von GB jedoch nicht gerecht:

„... erstens, weil es Gender Budgeting bereits gab, als Gender Mainstreaming noch nicht existierte. Zweitens, weil Gender Budgeting über ein eigenes Instrumentarium verfügt. [...] Die Rede von Gender Budgeting als Instrument ist deswegen nicht sachgerecht und führt zu

¹³ Klatzer, E.: Budgetgestaltung, 2006, S. 133.

¹⁴ Beispiele: Women`s Budget, Gender Responsive Budgets, Frauenbudgets, u.a.; detailliert hierzu siehe Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S.31; Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 155f.

¹⁵ Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 31.

¹⁶ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 155.

¹⁷ Vgl. Madörin, M.: Gender Budgeting aus Schweizer Sicht, 2006, S. 118f.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 5.

²⁰ Vgl. Färber, C.: Perspektiven, 2007, S.19.

²¹ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 155.; Weinmann, U.: Implementierung von Gender Budgeting, 2007, S. 6.

einer politischen Entschärfung des kritischen Gehalts von Gender Budgeting.“²²

GB wird im Kontext mit Gender Mainstreaming genannt, diskutiert und implementiert.²³ Überwiegend wird heute in der Literatur als Definition des GB und des Gender Mainstreaming die des Europarats herangezogen.²⁴

„Gender Budgeting ist eine Anwendung²⁵ des Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess. Es bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperspektive in alle Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.“²⁶

„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteure und Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.“²⁷

Zwei Elemente stehen hiernach im Fokus von GB: „... die Veränderung der Prozesse und [...] die Veränderung der budgetpolitischen Inhalte.“²⁸

In der offiziellen Gleichstellungspolitik ist Gender Mainstreaming als Leitprinzip – auch in Baden-Württemberg²⁹ – bereits eingeführt und wird oftmals als Doppelstrategie Gender Mainstreaming und spezifische Frauenförderung verfolgt³⁰.

²² Frey, R.: Gender Budgeting, 2010, S. 35.

²³ Vgl. Erbe, B./Frey, R.: Gender Budgeting Umsetzung, 2006, S. 191.

²⁴ Vgl. hierzu etwa Baumfelder, G. et al.: Hinweise, S. 7; Frey, R.: Gender Budgeting, 2010, S. 36; Mayrhuber, C. et al.: Gender-Budget-Analysen, 2007, S. 48; Klatzer, E.: Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008, S. 113.

²⁵ Regina Frey merkt in ihrer Ausführung in Gender Budgeting, 2010, S. 36, an, dass der Begriff „Anwendung“ als Übersetzung von „an application“ nicht zutreffend ist. Verbreiteter ist heute ihrer Darstellung nach die Übersetzung mit „eine Übertragung“. Das Originaldokument liegt offiziell nur in Englisch und Französisch vor. Dieser Umstand führt unter den Expertinnen zu unterschiedlichen Übersetzungen.

²⁶ in: EG-S-GB 2004, RAP FIN prov. 2, S.11.6, vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 20.

²⁷ Vgl. Sozialministerium Baden-Württemberg: Gender Mainstreaming, 2003, S. 3.

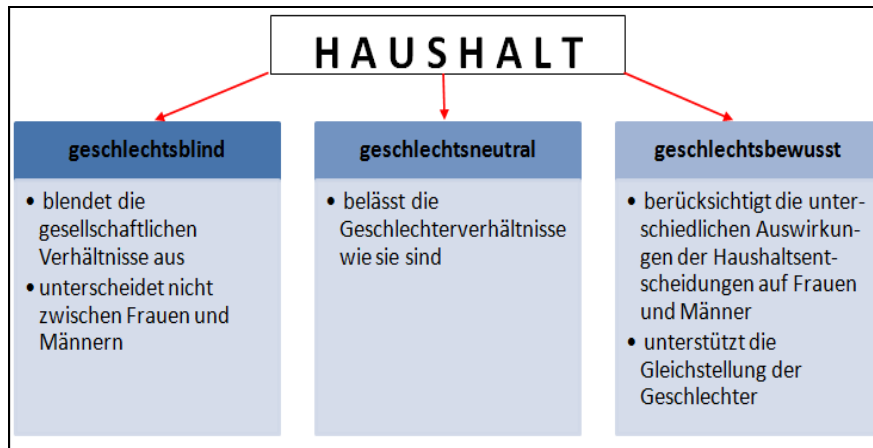
²⁸ Klatzer, E.: Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008, S.113.

²⁹ Vgl. URL: http://www.sozialministerium-bw.de/de/Chancengleichheit_von_Frauen_und_Maennern/82087.html [04.02.2011].

³⁰ Vgl. URL: <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Hintergrund/gender-mainstreaming-und-frauenpolitik.html> [05.02.2011].

Bei der Beurteilung, inwieweit ein Haushalt gleichstellungspolitische Fragen berücksichtigt, wird unterschieden nach geschlechtsneutralen, geschlechtsbewussten und geschlechtsblinden Haushaltsentscheidungen, vgl. Abbildung 1.

Abbildung 1: Haushaltsentscheidungen aus geschlechtspolitischer Sicht³¹



Die meisten Haushaltsentscheidungen sind derzeit als geschlechtsblind einzustufen. D.h., bei den haushaltspolitischen Entscheidungen werden gesellschaftliche geschlechtsspezifische Umstände nicht berücksichtigt. Dies festigt bzw. fördert die bestehenden Disparitäten zwischen Frauen und Männern.³²

2.2 Geschichte und Verbreitung

Die Entwicklung von GB ist im internationalen Kontext vor allem in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erfolgt.³³ „Gender Budgeting entstand als Reaktion auf neoliberale Globalisierungspolitik und deren drastische soziale Effekte.“³⁴ Bereits vor der **3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi** im Jahr 1985, auf der Gender Mainstreaming als politische Strategie vorgestellt wurde, beschäftigte sich feministische Kritik mit der Problematik von GB und entwickelte die ersten Ansätze einer

³¹ Eigene Darstellung.

³² Vgl. Erbe, B.: Haushaltsplanung, 2003, S. 8; ausführlich in vgl. Michalitsch, G.: Geschlechtspolitische Defizite, 2006, S. 13ff; vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 165f.

³³ Vgl. Färber, C.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 124.

³⁴ Frey, R.: Das bisschen Haushalt?, 2003, S. 88.

geschlechterbewussten Wirtschaftstheorie.³⁵ Im Jahr 1995 wurde auf der **4. Weltfrauenkonferenz in Peking** die Notwendigkeit von der „Einbeziehung eines geschlechtsbezogenen Ansatzes in Haushaltsentscheidungen“³⁶ in der verabschiedeten Arbeitsplattform festgehalten, allerdings ohne Verwendung des Begriffs Gender Budgeting.³⁷

Die Vereinten Nationen spielen bei der Verankerung der Grundlagen für GB auf **internationaler Ebene** eine wichtige Rolle. Vor allem in Entwicklungsländern versuchen die internationalen Organisationen (UNO, UNDP, UNI-FEM, der Commonwealth³⁸) den GB Ansatz mit Unterstützung der OECD und der Weltbank zu etablieren, um die Gender Disparitäten zu reduzieren.³⁹

Auf der **nationalen Ebene** haben beispielsweise Kanada, Schweiz, Großbritannien⁴⁰ und Österreich Erfahrungen mit GB gemacht. In Österreich hat GB bereits Verfassungsrang.⁴¹

Weltweit gibt es derzeit über 60 Länder mit Gender Budgeting Initiativen.⁴²

„Obwohl es jährlich mehr werden, ist diese Zahl mit Vorsicht zu genießen. Denn in dieser Aufstellung werden auch Länder berücksichtigt, die kleine Pilotprojekte starten oder wo auch nur Fragen von Gender und Makroökonomie thematisiert werden.“⁴³

Auf der europäischen Ebene und in Deutschland rückte GB erst Ende der 1990er Jahre in den Blickpunkt. Die Entwicklung auf der **europäischen Ebene** wird in Kapitel 2.3 detailliert vorgestellt.

Die Einführung von GB in **Deutschland** schreitet nur langsam voran.

³⁵ Vgl. Frey, R.: Das bisschen Haushalt?, 2003, S. 88.

³⁶ URL: http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/anh_2_15.html#vi [07.02.2011], Explizite Ausführung unter Punkt 345 der Aktionsplattform, Titel „Finanzielle Arrangements“.

³⁷ Vgl. Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 20.

³⁸ The Commonwealth Secretariat hat seinen Schwerpunkt in der Entwicklungsarbeit; vgl. <http://www.thecommonwealth.org> [10.02.2011].

³⁹ Vgl. Lichtenegger, R.: Gender Budget Analyse, 2006, S.167.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Vgl. URL: http://www.bmf.gv.at/Finanzministerium/GenderMainstreaming/GenderBudgeting/_start.htm, [07.02.2010].

⁴² Vgl. URL: http://www.gender-budgets.org/index.php?option=com_content&view=article&id=718:gender-responsive-budgeting-as-a-tool-for-alternative-economic-planning&catid=51:news&Itemid=642 [06.02.2011].

⁴³ Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 65.

Im April 2005 wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Machbarkeitsstudie zur Erprobung und Implementierung von GB beim **Bund** in Auftrag gegeben. Seit März 2006 liegen die Ergebnisse vor, die allerdings bisher nicht in eine praktische Umsetzung mündeten.⁴⁴ Die von der Opposition gestellten Anfragen blieben ohne Erfolg.⁴⁵ „...die Bundesregierung arbeitet gegenwärtig nicht an der Einführung von Gender Budgeting...“⁴⁶ Dieser Sachstand wurde der Verfasserin auf ihre Anfrage beim BMFSFJ am 16.02.2011 bestätigt, vgl. Anlage 1.

Die Entwicklung bei den **Ländern** wird zusammen mit der Auswertung der Befragung zum Umsetzungsstand von GB auf Länderebene in Kapitel 5 betrachtet.

Am weitesten fortgeschritten ist die Einführung bei den **Kommunen**. „Bereits in den 1980er und 1990er Jahren gab es politische Initiativen im Sinne des Gender Budgeting.“⁴⁷ Neben den Stadtstaaten Berlin und Bremen haben bereits u.a. Köln, Kiel⁴⁸, München, Freiburg i. Br. und Mannheim GB eingeführt.⁴⁹

Zumeist kommt der politische Druck zur Einführung von GB aus den Frauenbewegungen. Zivilgesellschaftliche Initiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Interessensverbände treiben durch ihre Lobbyarbeit die Etablierung der Idee voran und geben wichtige

⁴⁴ Die Presse äußerte sich z. T. sehr kritisch zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting bspw. der Spiegel in der Ausgabe 1/2007 im Artikel „Der neue Mensch“, vgl. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,457053,00.html> [07.02.2011]. Im 6. CEDAW-Bericht, der am 08.06.2007 veröffentlicht wurde, stellt die Bundesregierung fest, dass mit der Übernahme des englischen Begriffs „Gender Mainstreaming“ mancherorts Widerstände entstanden sind. Diese behindern die nachhaltige Verankerung des Anliegens, vgl. Bundesregierung: 6. CEDAW-Bericht, 2007, S. 7. Die taz schreibt am 28.01.2008 in „Weibliche Finanzspritze“ von einem Gender-Bashing seitens Spiegel und FAZ und vermutet, dass der Spiegel „das [Gender] Thema kaputt gemacht hat.“ Details siehe unter URL: <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/weibliche-finanzspritze/?src=SE&cHash=9fb6b38f58> [07.02.2011].

⁴⁵ Vgl. Rudolf, C.: Chance oder Pleite?, 2008, S. 500.

⁴⁶ Deutscher Bundestag: Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, 2009, S.2.

⁴⁷ Birgit, E./Frey, R.: Gender Budgeting Umsetzung, 2006, S.181.

⁴⁸ Vgl. Birgit, E./Frey, R.: Gender Budgeting Umsetzung, 2006, S. 187.

⁴⁹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Gender Budgeting Landeshaushalt, 2008, S.5.

Impulse.⁵⁰ Sie werden vielerorts am Einführungsprozess beteiligt.⁵¹

2.3 Rechtsgrundlagen

Gleichstellungspolitik gründet auf internationalem und nationalem Recht.

Die Unterzeichnung der **Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)**⁵² verpflichtet zur Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Teilweise stützten Befürworter die Einführung von GB auf diese Verpflichtung. Diese Auffassung teilt die Bundesregierung nicht.⁵³

Im Jahr 1995 auf der **4. Weltfrauenkonferenz in Peking** wird die neue Gleichstellungsstrategie in der Arbeitsplattform verankert. Alle Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, ein Konzept zur Implementierung der Strategie zu entwickeln.

Mit der Ratifizierung des **Amsterdamer Vertrages** im Jahr 1999 sind die Mitgliedstaaten nach Art. 2 und Art. 3 Abs. 2 des EG-Vertrags verpflichtet, eine aktive Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming in allen relevanten Politikbereichen umzusetzen. Auf diese Verpflichtung stützt sich derzeit die Forderung zur Umsetzung von GB in Haushalts- und Finanzpolitik.⁵⁴

Im Jahr 2001 wird nach der High Level Conference „Strengthening Economic and Financial Governance Through Gender Responsive Budgeting“ die Empfehlung ausgesprochen, GB bis zum Jahr 2015 umzusetzen. Des Weiteren fasst das Europäische Parlament im Jahr 2003 basierend auf dem Bericht „Gender-Budgeting - Die Geschlechterperspektive in den öffentlichen Haushalten“ eine Entschließung,⁵⁵ die ebenfalls die

⁵⁰ Vgl. Madörn, M.: Gender Budgeting aus Schweizer Sicht, 2006, S. 116.

⁵¹ Vgl. Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.20.

⁵² Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1985 das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 ratifiziert.

⁵³ Vgl. Bundesregierung: Gender Budgeting, 2009, S. 2.

⁵⁴ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 125.

⁵⁵ Vgl. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A5-2003-0214+0+DOC+XML+V0//DE>, [06.02.2011].

Aufforderung zur Umsetzung von GB enthält. Im Fahrplan der Europäischen Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006–2010 wird die Implementierung von GB unterstützt.⁵⁶ In der aktuellen „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010–2015“ wird GB explizit nicht erwähnt.⁵⁷

Die EU unterstützt die Einführung von GB in den Mitgliedsstaaten und hat hierzu ein Handbuch mit Hinweisen zur Implementierung veröffentlicht.⁵⁸ Verpflichtende, rechtlich verbindliche Vorgaben bestehen nicht.⁵⁹

In Deutschland gründet die Verpflichtung des Staates zu einer aktiven und effektiven Gleichstellungspolitik auf Art. 3 Abs. 2 **GG**. Der Staat garantiert die faktische Chancengleichheit "Männer und Frauen sind gleichberechtigt", Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG. Diese Garantie wurde im Jahr 1994 erweitert. Durch gezielte Maßnahmen muss "die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern" gefördert und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile" hingewirkt werden, Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG.⁶⁰

2.4 Ziele von Gender Budgeting

Die Zielsetzungen von GB sind sehr vielschichtig. Gemeinsam haben sie die gleichstellungspolitische Ausrichtung.

Bei GB geht es nicht um die Erstellung von separaten Frauen- oder Männerbudgets,⁶¹ sondern um die Erweiterung traditioneller Budgetgestaltung um die Geschlechterperspektive in allen Phasen und Bereichen von Haushaltspolitik.⁶² Es soll den unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in haushaltspolitischen Entscheidungen

⁵⁶ Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 7; ebenso vgl. BMFSFJ, Schlussfolgerungen, 2007.

⁵⁷ Vgl. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0491:FIN:DE:PDF>, [07.02.2011].

⁵⁸ Vgl. [http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/equality/03themes/gender-mainstreaming/CDEG\(2008\)15_en.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/equality/03themes/gender-mainstreaming/CDEG(2008)15_en.pdf) [07.02.2011].

⁵⁹ Vgl. Klatzer, E.: Budgetgestaltung, 2006, 150.

⁶⁰ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 8.

⁶¹ Vgl. Elson, D.: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender-Budgeting?, 2002, S. 15.

⁶² Vgl. Mayrhuber et al.: Kurzfassung, 2006, S. 4.

Rechnung getragen und wirtschaftliche und soziale Gleichstellung angestrebt werden. D.h., der Einsatz öffentlicher Gelder soll im Sinne einer Förderung von Gleichstellung erfolgen.⁶³ Bei der Zielbildung sind nicht ausschließlich fachliche, sondern auch geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen. Eine paritätische 50:50 Verteilung der öffentlichen Mittel auf Frauen und Männer ist dabei nicht das Ziel.⁶⁴

GB fördert die Einbindung von Frauen und Männern in die Entscheidungsprozesse. Geschlechtsspezifischen Bedürfnissen und Interessen wird hierdurch stärker Rechnung getragen⁶⁵ und die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen kann verbessert werden. Es eröffnet sich ein neuer Zugang zur Teilnahme an gesellschaftspolitischen Zukunftsfragen und neuen zivilgesellschaftlichen Handlungsfeldern, die die Demokratisierung der Budgetpolitik zur Folge hat.⁶⁶ Ferner kann GB als systematische Analyse bei der Haushaltssteuerung und Evaluierung seiner Wirkung helfen und dadurch die Transparenz erhöhen. Es ermöglicht eine verbesserte, zielgerichtete Steuerung der Haushaltspolitik⁶⁷, die die Effektivität und Effizienz öffentlicher Ausgaben fördert.⁶⁸ Die Regierungsarbeit wird im Hinblick auf Gender-Auswirkungen überprüfbar und kann zur Rechenschaft gezogen werden.⁶⁹ GB kann des Weiteren durch eine geschlechtergerechte Budget- und Wirtschaftspolitik Voraussetzungen schaffen, die die unbezahlte Arbeitsleistung von Frauen und Männern berücksichtigt (Care Ökonomie).⁷⁰ Hierdurch wird gesamtwirtschaftlichen Fehlplanungen begegnet und die gesamtwirtschaftliche Effizienz erhöht.

⁶³ Vgl. Mader, K.: Gender Budgeting, 2010, S. 44; siehe auch Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S. 19.

⁶⁴ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 16.

⁶⁵ Vgl. Mader, K.: Gender Budgeting, 2010, 46.

⁶⁶ Vgl. Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.19.

⁶⁷ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S.5

⁶⁸ Vgl. Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.20.

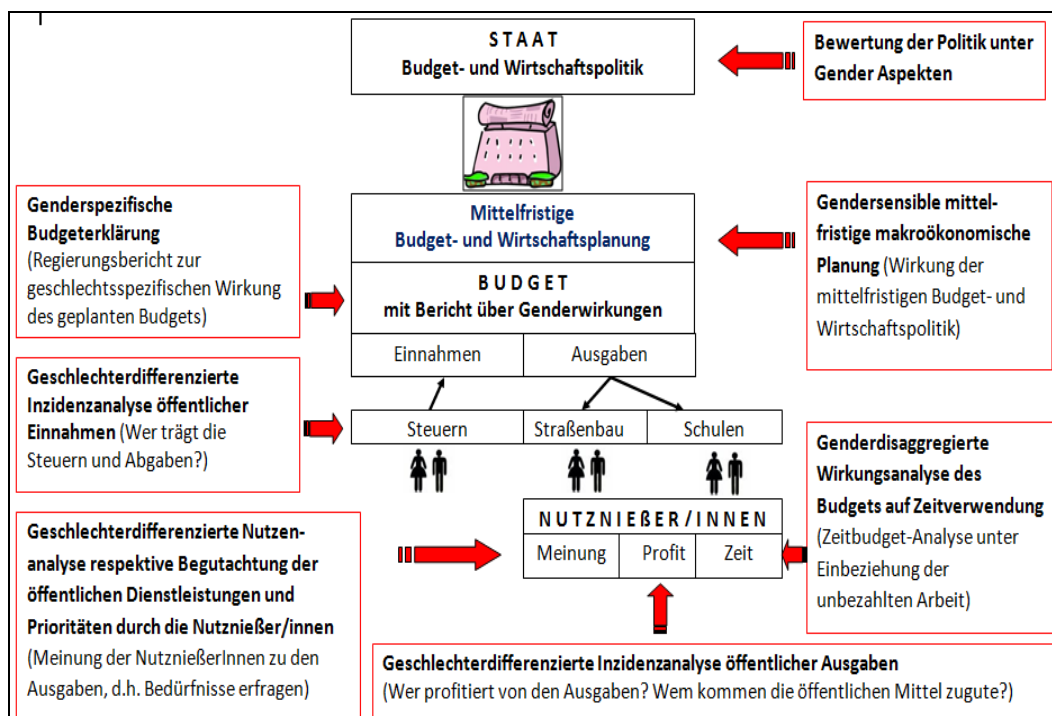
⁶⁹ Vgl. Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 36ff.

⁷⁰ Vgl. Frey, R.: Gender Budgeting, 2010, S.39; Diese Leistungen werden überwiegend von Frauen erbracht. "Der Begriff «Care Economy» oder Care-Ökonomie bezieht sich auf alle Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen oder für die alltägliche Versorgung anderer Menschen zuständig sind." Madörn, M.: Care Economy, 2001, S. 41.

2.5 Instrumente des Gender Budgeting

So unterschiedlich und zahlreich die Wurzeln von GB sind, so unterschiedlich und zahlreich sind die in der Literatur ausgeführten Instrumente des GB. Je nach Ursprung sind vielfältige „Kriterien, Instrumente und Methoden im Rahmen von Gender Budgeting“⁷¹ entwickelt worden.⁷² Detailliert vorgestellt werden die GB Instrumente von Diane Elson.⁷³ Sie hat sieben methodische Ansätze zur Einbindung der Geschlechtsperspektive in die Instrumente der Haushaltsanalyse, -planung und -erklärung erstellt. Zum besseren Verständnis werden die Zusammenhänge in Abbildung 2 dargestellt. Die einzelnen Ansätze der GB Instrumente sind durch eine rote Umrandung hervorgehoben. Die roten Pfeile führen zum jeweiligen Anknüpfungspunkt im Haushaltsprozess.

Abbildung 2: Gender Budgeting Instrumente von Diane Elson⁷⁴



⁷¹ Gubitzer, L. et al.: Endbericht, 2008, S. 347.

⁷² Vgl. hierzu etwa Ebenda, S. 347ff.; Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.22.

⁷³ Diane Elson „... ist bislang die bedeutendste Impulsgeberin für Gender Budgeting Methodologien...“ Gubitzer, L. et al.: Endbericht, 2008, S. 347.

⁷⁴ Eigene Darstellung, vgl. Gubitzer, L. et al.: Endbericht, 2008, S. 347ff.

Zur Erläuterung:

Die staatliche Budget- und Wirtschaftspolitik mündet sowohl in die mittelfristige Budget- und Wirtschaftsplanung als auch in das Budget bzw. den Haushalt, der einen Bericht über die Genderwirkungen enthalten sollte. Einnahmen und Ausgaben tangieren Frauen und Männer, die als Nutznießerinnen und Nutznießer eine eigene Meinung zu ihren Bedürfnissen haben und einen Profit (Nutzen) aus den öffentlichen Leistungen ziehen. Die Verfügbarkeit an Zeit dieser Personen wird ebenfalls durch die staatlichen Leistungen beeinflusst. Die einzelnen Instrumente⁷⁵ im Detail sind:

1. **Bewertung der politischen Ansätze unter Gender Aspekten:** Analyse der Budget- und Wirtschaftspolitik auf ihre zu erwartenden geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Es werden Politikergebnisse und Wirkungen auf Frauen/Männer betrachtet. Laut Debbie Budlender et al. wurde dieser Analyseansatz international bislang am häufigsten angewandt.⁷⁶
2. **Geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse respektive Begutachtung der öffentlichen Dienstleistungen und Prioritäten durch die Nutznießerinnen und Nutznießer:** Dieses Instrument zielt darauf ab, die Bevölkerung einzubinden. Entsprechen die öffentlichen Leistungen den Bedürfnissen der Frauen und Männer? Welche Prioritäten würden sie im Haushalt setzen? In Form einer Bürgerbefragung können diese Aspekte geklärt werden.
3. **Geschlechterdifferenzierte Inzidenzanalyse öffentlicher Ausgaben (Nutzenanalyse):** Wer profitiert von den öffentlichen Ausgaben Frauen/Männern, Mädchen/Jungen? Die Nutzenanalyse ist Kernelement des Gender Budgeting und wird z.T. mit der GB Strategie gleichgesetzt. Angewandt wird diese Inzidenzanalyse häufig in Bereichen in denen

⁷⁵ Aufgrund der ausführlichen Darstellung werden für die folgende Ausführungen die Quellen: Gubitzer, L. et al.: Endbericht, 2008, S. 347ff. sowie Frey, R.: Gender Budgeting, 2010, S. 40ff. wiederholt herangezogen.

⁷⁶ Vgl. Budlender, D. et al.: How to do Gender-Sensitive Budget Analysis, 1998, S. 37ff.

eine direkte Zuordnung zu Nutznießerinnen und Nutznießern möglich ist (Zuwendungen, Zuschüsse).

4. **Geschlechterdifferenzierte Inzidenzanalyse öffentlicher Einnahmen:** Wer wird durch die Steuern und Abgaben belastet? Ergeben sich dabei Disparitäten zwischen Frauen/Männern? Untersucht werden können Gruppen von Individuen und Haushalte. Unbezahlte Arbeit (vgl. Care-Ökonomie) wird derzeit bei der Verteilungsanalyse nicht berücksichtigt, was zu einem verzerrten Gesamtergebnis führt.
5. **Genderdisaggregierte Wirkungsanalyse des Budgets auf Zeitverwendung (Zeitbudget-Studien):** Wie wirken sich die öffentlichen Ausgaben auf das Zeitbudget der Frauen/Männer aus? Werden staatliche Aufgaben in den privaten Bereich zurückgeschoben? Care-Ökonomie spielt hier eine entscheidende Rolle, da eine Abhängigkeit zwischen der Haushalts-gestaltung und Zeitnutzung in Privathaushalten vorliegt.
6. **Gendersensible mittelfristige makroökonomische Planung:** Wie können die Gender Auswirkungen in die volkswirtschaftliche Betrachtung einbezogen werden? Das Ziel ist neue makroökonomische Modelle zu entwickeln, die z.B. bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts die Geschlechterverhältnisse und die unbezahlten Versorgungsleistungen einbeziehen.
7. **Genderspezifische Budgeterklärung:** Hierbei handelt es sich um eine Regierungserklärung, basierend auf durch o.g. Instrumente erhobene Gender Daten, einen zusammenfassenden Bericht zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Budgets.

Derzeit bestehen keine allgemeingültigen Verfahren, Standards oder Normen zur Umsetzung von GB. Daraus ergibt sich, dass im ersten Stadium der Analyse stets Indikatoren (Messgrößen) und Kriterien für die Prozessschritte von der Datenerhebung bis zum Bewertungsmaßstab festgelegt werden müssen. Für den Erfolg ist in sowohl quantitativer als

auch qualitativer Hinsicht die Beteiligten und deren Interessenslagen zu berücksichtigen.⁷⁷

Das Ziel der GB Analyse, die Ressourcen und die örtliche Reichweite der Initiatoren geben die Methode vor.⁷⁸

Nachstehende Abbildung 3 gibt einen Überblick zu Analyseansätzen der bisher bestehenden GB Instrumente im Allgemeinen.⁷⁹

Abbildung 3: Ansatzpunkte der Gender Budgeting Instrumente⁸⁰

- Geschlechtsspezifische Aufschlüsselung von Budgetallokationen
- Analyse budgetärer Effekte bezüglich
 - ✓ Einkommensverteilung
 - ✓ Erwerbsarbeit (Beschäftigungsausmaß, Arbeitsbedingungen)
 - ✓ Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
 - ✓ Versorgungsökonomie
 - ✓ Zeitverwendung
 - ✓ Bedürfnisgerechtigkeit von öffentlichen Leistungen
 - ✓ Überwindung von Geschlechterstereotypen

2.6 Grenzen und Kritik an Gender Budgeting

Die aufgezeigten Instrumente sind in ihrer Umsetzung nach der reinen Lehre „eine Herausforderung an die Wissenschaft und an die Politik.“⁸¹ GB muss sich mit zahlreichen Einschränkungen arrangieren.⁸² Bislang erfolgen GB Analysen in der Praxis für einzelne Budgets in einem eng umrissenen Rahmen. Untersucht werden zumeist die „weichen“ Bereiche wie Soziales.⁸³ „Einzelne Pilotprojekte sind [jedoch] kein Gender Budgeting...“⁸⁴

⁷⁷ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 178.

⁷⁸ Vgl. Mayrhuber, C. et al.: Gender-Budget-Analysen, 2007, S. 49; siehe auch Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.23.

⁷⁹ Vgl. Michalitsch, G.: Geschlechterpolitische Defizite, 2006, S.22.

⁸⁰ Eigene Darstellung, vgl. ebenda.

⁸¹ Lichteneker, R.: Gender Budget Analyse, 2006, S. 177; ähnliche Argumentation vgl. Klatzer, E: Budgetgestaltung, 2006, S.141.

⁸² Vgl. Mayrhuber, C. et al.: Gender-Budget-Analysen, 2007, S. 51f.

⁸³ Vgl. Erbe, B./Frey, R.: Gender Budgeting als Umsetzungsstrategie, 2006, S.191ff.

⁸⁴ Klatzer, E., Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008, S. 115.

Des Weiteren ist in Deutschland eine Reduzierung auf die Nutzenanalyse der Ausgabenseite festzustellen, was die Gefahr birgt, dass im Rahmen von GB eine reine Zählung nach „Männlein und Weiblein“ erfolgt.⁸⁵ Dieser Ansatz kann zu widersinnigen Schlussfolgerungen führen: „...es wäre zum Beispiel absurd, die Kosten für Frauenhäuser als ‚frauendominiert‘ zu rechnen, mit dem Argument, Frauen seien die unmittelbaren Nutzerinnen entsprechender Einrichtungen. Dieses Instrumentarium stößt auf Grenzen, wenn nicht die Frage nach Verursachung von Kosten ins Spiel gebracht wird...“⁸⁶

Teilweise verbirgt sich unter dem Deckmantel GB „... die alte und stark beschränkte Gleichstellungsfrage, wie viele Frauen und Männer zu welchen Bedingungen im Staatsapparat angestellt sind.“⁸⁷ Mascha Madörin befürchtet aus diesen Gründen eine Banalisierung des Gender- und Gleichstellungsbegriffs.⁸⁸

Die erhobenen Daten wirken sich bislang kaum auf die politischen Entscheidungen aus und haben zumeist den Charakter „nice to have“.⁸⁹

Die Bewertung der Einnahmeseite ist zwar mit Zeitbudget-Studien oder Nutzenanalysen möglich, die Durchführung scheitert an mangelnden Fachkenntnissen und eingeschränkten Zeitkapazitäten im Verwaltungsalltag.⁹⁰

„...die funktionale finanzwirtschaftliche oder ökonomische Gliederung der öffentlichen Haushalte [...] die komplexen Finanzierungsstrukturen einzelner Leistungsbereiche⁹¹ [...] Die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden...“⁹² stellen weitere nicht unerhebliche Hürden für die Umsetzung von GB dar.

⁸⁵ Vgl. Madörin, M.: Gender Budgeting aus Schweizer Sicht, 2006, S. 121.

⁸⁶ Frey, R. Gender Budgeting, 2010, S. 44.

⁸⁷ Madörin, M.: Gender Budgeting aus Schweizer Sicht, 2006, S.121.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Vgl. Erbe, B./Frey, R.: Gender Budgeting als Umsetzungsstrategie, 2006, S.191ff.

⁹⁰ Frey, R. Gender Budgeting, 2010, S. 44.

⁹¹ Gemeint sind Auslagerungen (Outsourcing) von Leistungen an Private, neue Finanzierungsformen wie Public Private Partnerships.

⁹² Vgl. Mayrhuber, C. et al.: Gender-Budget-Analysen, 2007, S. 51.

Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass die Maßnahmen zur Implementierung von GB „zum Teil mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden sind.“⁹³

Eine umfassende Umsetzung unter Einbeziehung aller Ausgaben und Einnahmen ist bislang nicht gelungen. Praxiserfolge sind begrenzt, insbesondere auch bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Feministinnen äußern aus diesen Gründen bezüglich der hohen Erwartungen Bedenken.⁹⁴ Karin Nungesser stellt fest, „Gender Budgeting klingt gut – doch das Konzept bleibt vielfach inhaltsleer. [...] Gender-Analysen sind zwar eine notwendige, aber längst keine hinreichende Bedingung für einen Politikwechsel. [...] Schließlich gilt auch für Gender Budgeting: Genauere Zahlen alleine machen noch keine bessere Politik.“⁹⁵

In diesem Kapitel sind Begriffe und der historische Kontext von GB geklärt worden. GB ist also eine eigenständige Strategie, die mit Gender Mainstreaming eng zusammenhängt. In der Gesamtbetrachtung ist festzuhalten, dass beide Strategien als politisches Konzept auf internationaler Ebene verankert sind.⁹⁶ Die EU wird seiner Vorreiterrolle beim Implementierungsprozess von GB nicht gerecht. Der Prozess stagniert.⁹⁷ In der Bundesrepublik Deutschland fehlt sowohl die politische als auch die rechtliche Verankerung von GB.⁹⁸ Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Grenzen zeigt sich dennoch, dass GB „...das Potenzial [hat,] politische Diskussionen um Gleichstellungsmaßnahmen zu vertiefen und die Implementierung konkreter Maßnahmen zur Reduktion von Genderdisparitäten voranzutreiben.“⁹⁹ Die Methodenvielfalt zur Umsetzung von GB ist für die Akteure eine Herausforderung und Chance zugleich. Diesem Umstand widmet sich Kapitel 3 dieser Arbeit.

⁹³ Bundesregierung: Anmerkungen zur Machbarkeitsstudie, 2007, S. 1.

⁹⁴ Vgl. Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 39ff.

⁹⁵ Nungesser, K.: Keine Zauberformel, 2002, S. 17.

⁹⁶ Vgl. Klatzer, E.: Engendering, 2003, S. 44.

⁹⁷ Vgl. Klatzer, E.: Budgetgestaltung, 2006, S. 150.

⁹⁸ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 8.

⁹⁹ Lichtenecker, R.: Gender Budget Analyse, 2006, S. 177.

3. Umsetzung von Gender Budgeting im Haushaltsverfahren

Die Implementierung im Haushaltsverfahren bildet das Kernstück von GB.¹⁰⁰ Wie bereits in Kapitel 2.5 ausgeführt, fehlen bislang standardisierte Implementierungsvorgaben.¹⁰¹ Als Erkenntnisquelle für die nachfolgenden Ausführungen dienen Arbeitsleitfäden bzw. Arbeitshilfen aus der Praxis. Grundsätzlich gilt, dass die Festlegung von bestimmten Kriterien für das Umsetzungsverfahren und dessen Gestaltung für jeden „Fall“ neu und von den Wirkenden selbst bestimmt werden muss.¹⁰² Der Weg, bis GB ein „integraler, kontinuierlich angewandter Bestandteil der öffentlichen Finanzpolitik wird“¹⁰³, ist lang.¹⁰⁴

Wie dieser Weg gestaltet werden kann, wird in diesem Kapitel erläutert. Nach einer Einführung in die Haushaltsstruktur und Klärung methodischer Grundlagen wird zunächst das Umsetzungsverfahren von GB allgemein aufgezeigt. Die geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse ist das am häufigsten angewandte Instrument von GB und soll neben der Gender-Wirkungsanalyse ausführlich behandelt werden. Hauptaugenmerk wird auf der Einbindung von GB in den Haushaltprozess liegen. In der Praxis erfolgt bisher der Einstieg ins GB oft über die Ausgabenseite des Haushalts. Insbesondere die Verteilung der Haushaltsmittel an Dritte wie Förderungen und Zuwendungen steht im Fokus.¹⁰⁵ Aus diesem Grund beschränken sich die detaillierten Ausführungen zur Umsetzung auf das Verfahren, dass ausschließlich die Ausgabenseite betrachtet.¹⁰⁶ Welche Faktoren für die erfolgreiche Implementierung eine Rolle spielen, wird am Ende des Kapitels geklärt.

¹⁰⁰ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 55.

¹⁰¹ Siehe auch Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 239ff.

¹⁰² Vgl. Klatzer, E.: Budgetgestaltung, 2006, S. 149.

¹⁰³ Vgl. ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. Klatzer, E.: Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008, S. 113.

¹⁰⁵ Vgl. Erbe, B./Frey, R.: Gender Budgeting, 2006, S. 191ff; Bspw. wählte Berlin diesen Weg. Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, S. 11f.

¹⁰⁶ Ausführlich zur Auswahl einer bestimmten Gender Budgeting Methode vgl. Bergmann, N.: Handbuch zur Umsetzung, 2004, S. 68.

3.1 Haushaltsstruktur

Der Haushalt zeigt auf, „woher das Geld kommt und wohin es fließt.“¹⁰⁷

Die Analyse der Einnahme- und Ausgabestruktur bildet u.a. die Grundlage für haushaltspolitische und –rechtliche Entscheidungen.¹⁰⁸

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung und Einführung von NSI wandelt sich die Funktion des Haushalts von der bloßen Abbildung von Arbeitsergebnissen und dafür eingesetzten Ressourcen zu einem zentralen Steuerungsinstrument. Daraus folgt, dass zunehmend über die Finanzen und nicht über die Aufgaben der öffentlichen Hand gesteuert wird. Die Verwaltungen vollziehen eine Umstrukturierung von einer Behörde zu einem Dienstleister, bei dem Wirtschaftlichkeit eines der wichtigsten Ziele ist. Daraus resultiert für die Umsetzung des GB im Haushaltsbereich die Abkehr von der Kameralistik hin zur Doppik, von einer Input- zu einer Output-Orientierung. Die funktionale Gliederung des kameralen Haushalts (Einzelplan, Kapitel, Titel) weicht einem produktorientiertem Haushalt bzw. einem Produkthaushalt (Produkte und Leistungen).¹⁰⁹

Die **Einnahmesituation** des Staates hängt stark mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Einnahmen generiert der Staat hauptsächlich aus Steuern. Die Steuerdeckungsquote¹¹⁰ bei den Ländern reduzierte sich von 79,9 % im Jahr 2008 auf 69,3 % im Krisenjahr 2009.¹¹¹

Die **Ausgabenseite** wird von Personalausgaben (ca. 40 %) sowie weiterer Ausgabenverpflichtungen wie kommunalem Finanzausgleich, Länderfinanzausgleich sowie dem Schuldendienst dominiert. Allein die Zinsausgaben schlagen mit ca. 7 % der Gesamtausgaben zu Buche.¹¹²

¹⁰⁷ Lober, E.: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 27.

¹⁰⁸ Vgl. ebenda.

¹⁰⁹ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 214 ff.

¹¹⁰ Anteil der Ausgaben, der durch Steuereinnahmen finanziert wird.

¹¹¹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Länderhaushalte, 2009, S. 7.

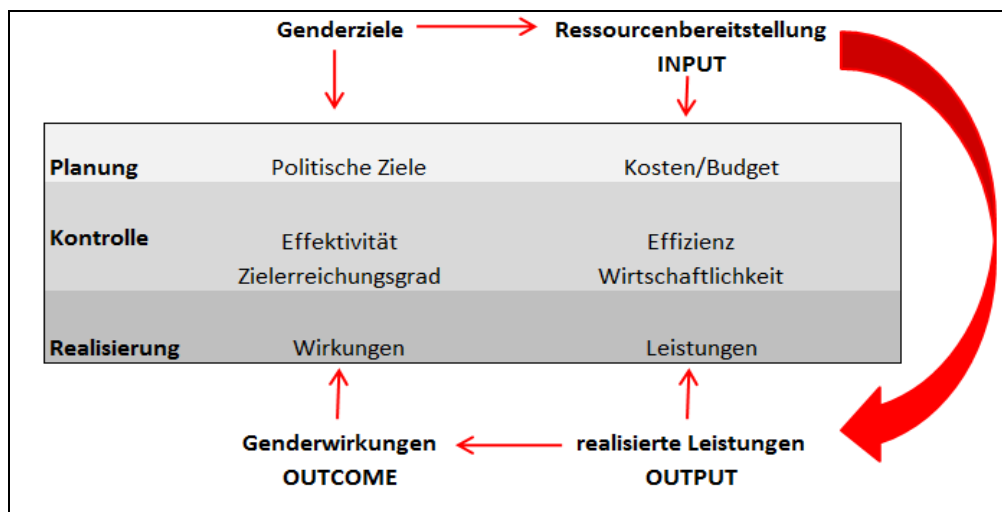
¹¹² Vgl. ebenda.

Letztlich sind für die Politik lediglich 5-10 % des jährlichen Ausgabevolumens disponibel.¹¹³ Dennoch ist der Haushalt nicht unveränderbar. Die Gestaltung der haushalts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen (Gesetze) liegt in den Händen der Politik (Parlamente), die sehr wohl ihrer Intension entsprechende Akzente setzen kann.

3.2 Methodische Grundlagen

Um die Ansätze der GB Analyse zu verstehen und richtig einordnen zu können, werden im Folgenden die bestehenden Zusammenhänge zwischen Input, Output und Outcome erklärt:

Abbildung 4: Zusammenhänge Input, Output, und Outcome¹¹⁴



Genderziele wirken sich auf die Bildung von politischen Zielen aus und beeinflussen die Ressourcenbereitstellung (**Input**). Als Input bezeichnet werden alle Ressourcen die für die Bereitstellung von öffentlichen Leistungen verwendet werden bspw. Kosten, eingesetzte Budgetmittel sowie die damit verbundene Beschäftigung. Wie wirtschaftlich der Realisierungsprozess ist, sagt die **Effizienz** aus.

Realisierte Leistungen (**Output**) umfassen das direkte, unmittelbare Ergebnis einer Maßnahme bzw. der Bereitstellung einer bestimmten

¹¹³ Vgl. Lober, E.: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 28; ebenso vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 23.

¹¹⁴ Eigene Darstellung; detailliert zu Ressourceneinsatz und Zielerreichung vgl. Hieber, F.: Öffentliche BWL, 2005, S. 26f.

öffentlichen Leistung (Inanspruchnahme der Leistungen durch die unmittelbaren Nutznießerinnen und Nutznießer¹¹⁵ nach Geschlecht).

Die Genderwirkungen (**Outcome**) des Outputs werden **Effektivität** bzw. Zielerreichungsgrad genannt. Untersucht werden die mittelbaren Effekte und Folgewirkungen öffentlicher Ausgaben auf Frauen und Männer. Diese können sowohl der Profit aus den öffentlichen Leistungen für die Nutznießerinnen und Nutznießer selbst als auch individuelle sowie gesamtwirtschaftliche externe Effekte für mittelbar betroffene Individuen, gesellschaftliche Gruppen oder die Gesamtwirtschaft sein. Auswirkungen auf die Care-Ökonomie können hierbei ebenfalls berücksichtigt werden.¹¹⁶

3.3 Umsetzung von Gender Budgeting

Regina Frey und Manfred Köhnen unterteilen das Umsetzungsverfahren in fünf Schritte.¹¹⁷ Luise Gubitzer et al. gliedert den Umsetzungsprozess in sechs Schritte, die jedoch dem Inhalt nach den Ausführungen von Frey/Köhnen entsprechen.¹¹⁸

Abbildung 5: Umsetzungsschritte von Gender Budgeting¹¹⁹

Schritt 1 →	Schritt 2 →	Schritt 3 →	Schritt 4 →	Schritt 5
Klassifizierung von Titeln / Produkten nach Gleichstellungsrelevanz	Ziele und Indikatoren	Ist-Analyse	Soll/Ist-Abgleich	Handlungsempfehlungen
A = Gleichstellungsbezogene Titel B = Offensichtliche oder möglicherweise gleichstellungsrelevante Titel C = Nicht (direkt) gleichstellungsrelevante Titel	Bei der Festlegung von Gleichstellungsaufgaben und Zielen Orientierung an allgemeinen Zielen aus Gender Mainstreaming	geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse; Verteilungseffekte auf die Geschlechter und Gleichstellung; Berücksichtigung der fachlichen Ziele mit den Genderzielen bei konkreten Leistungen	Gender-Wirkungsanalyse; Bewertung von Gleichstellungswirkungen auf der Basis vorliegender Zielindikatoren; <i>Gender Controlling</i> Monitoring (Berichtswesen)	Bericht über Realisierung der Genderziele; übergeordnete Bewertung und Ableitung von Handlungsempfehlungen für den nächsten Haushaltskreislauf

¹¹⁵ Die Bezeichnungen Nutznießerinnen und Nutznießer sowie Profit korrespondieren mit den Bezeichnungen in Abbildung 2.

¹¹⁶ Vgl. Mayrhuber, C. et al.: Kurzfassung, 2006, S. 8.

¹¹⁷ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S.11f.

¹¹⁸ Vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o. J., S. 8ff.

¹¹⁹ Eigene Darstellung; vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S.11f.

Die vorstehende Abbildung 5 veranschaulicht das Umsetzungsverfahren nach Frey/Köhnen. Die roten Pfeile verdeutlichen den Ablauf und führen durch die Schrittabfolge. Die einzelnen Verfahrensschritte werden in Stichworten zusammengefasst und die jeweiligen Instrumente sind benannt.

Im ersten Schritt wird analysiert, welche Titel gleichstellungsrelevant sind. Die hierzu entwickelte Klassifizierung (A, B, C) wird in Kapitel 3.3.1 erläutert.

Im zweiten Schritt sind für die ausgewählten Titel Ziele und Indikatoren in Form von Kennzahlen und Zielwerten zu bestimmen, vgl. Kapitel 3.3.2. Unter Anwendung der geschlechterdifferenzierten Nutzenanalyse wird im dritten Schritt die Frage geklärt, wie sich die derzeitigen Verteilungseffekte auf die Geschlechter und auf die Gleichstellung auswirken, vgl. Kapitel 3.3.3.

Im vierten Schritt dem Soll/Ist-Abgleich erfolgt die Bewertung der Zielerreichung auf der Grundlage der festgelegten Ziele und Indikatoren. Diese Prüfung der Gleichstellungswirkung – Gender-Wirkungsanalyse - wird im Kapitel 3.3.4 erläutert. Das Kapitel 3.3.5 geht auf die Ableitung von Handlungsempfehlungen ein.

3.3.1 Klassifizierung nach Gleichstellungsrelevanz

Bevor die Gleichstellungsziele gebildet werden können, wird untersucht, wie hoch die Gleichstellungsrelevanz einer Ausgabe ist. Nach Frey/Köhnen erfolgt dazu eine Einteilung in drei Gruppen A / B / C.

Gruppe A, die eindeutig gleichstellungsbezogene Titel enthält und Gruppe C, die nicht (direkt) gleichstellungsbezogene Titel beinhaltet, sind aufgrund ihrer klaren Zuordnung nicht näher zu betrachten.

Erfahrungsgemäß stellt Gruppe B, die die gleichstellungsrelevanten Ausgaben ausweist, den größten Anteil des Gesamtausgabevolumens dar. Diese Gruppe sollte aufgrund ihres hohen Potenzials an Gendertiteln

in einer sukzessiven, genauen Ist-Analyse (geschlechtsspezifischen Nutzenanalyse) überprüft werden.¹²⁰

In Abbildung 6 werden die einzelnen Klassifizierungen entsprechend der gleichstellungspolitischen Relevanz dargestellt. Die Rubrik Beschreibung enthält eine Erläuterung der Gruppen und das Feld Analysen gibt an, ob weitergehende Untersuchungen erfolgen sollten. Die Schwierigkeit bei der Klassifizierung liegt darin, auch die versteckten, mittelbaren gleichstellungspolitischen Effekte zu erkennen.

Abbildung 6: Klassifizierung der Ausgabeposten nach Gleichstellungsrelevanz¹²¹

GRUPPE	A	B	C
Gleichstellungs-politische Relevanz	Gleichstellungs-bezogene Titel	Offensichtlich oder möglicherweise gleichstellungsrelevante Titel	Nicht (direkt) gleichstellungsrelevante Titel
Beschreibung	frauenspezifische und ggf. männerspezifische Fördermaßnahmen mit direktem Ziel der Gleichstellung, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben	direkt personen-bezogene Förderung -> z.B. Stipendien institutionelle Förderung -> z.B. Zuwendungen	Zuordnung nur mit Begründung, um Gleichstellungsneutralität ausdrücklich auszuschließen. Indirekte Wirkungen berücksichtigen!
Analyse	keine	vertiefte Analyse	keine

Generell wird eine jährliche Überprüfung der Klassifizierung empfohlen, bei der das Ausgabevolumen einbezogen werden sollte. Eine kontinuierliche Dokumentation und Auswertung führt dazu, dass Veränderungen bei der Förderung festgestellt werden können – Bewegungen zwischen Gruppe A und Gruppe B. Neben den Titeln des Sozialbereichs wird empfohlen auch die Politikbereiche wie Forschung und Entwicklung, Infrastrukturmaßnahmen zu untersuchen.¹²² Liegen Resultate der ersten Einstufung vor, können Gleichstellungsziele und –indikatoren festgelegt werden.

¹²⁰ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 13f.; vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, S. 9f.

¹²¹ Eigene Darstellung; vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 13.

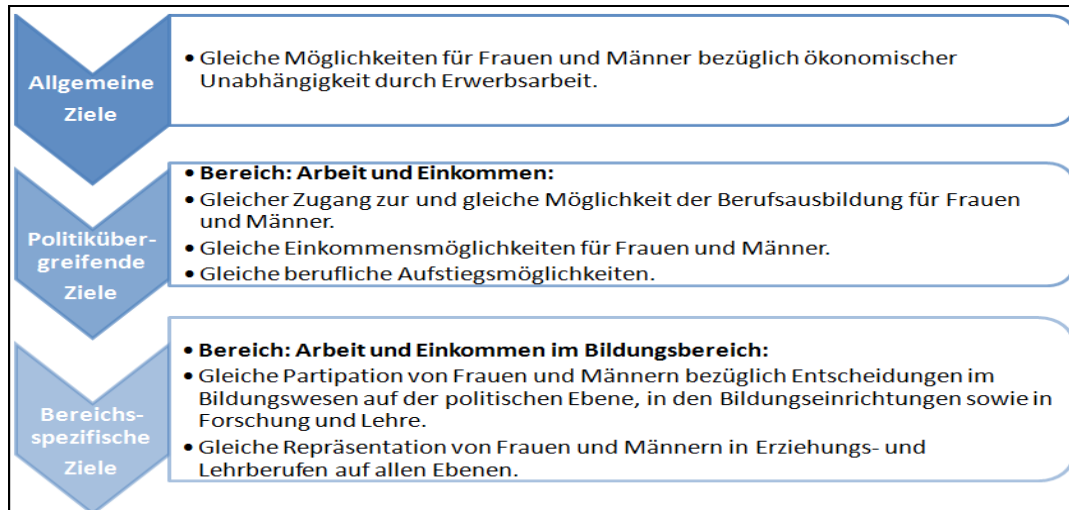
¹²² Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 13f.

3.3.2 Ziele und Indikatoren

Die Formulierung von Zielen ist für die Umsetzung von GB essentiell.¹²³ Ziele wirken in die Zukunft. D.h., sie beschreiben einen gewünschten Zustand. Christine Mayrhuber et al. unterscheidet hierbei allgemeine und politikübergreifende als übergeordnete Gleichstellungsziele sowie bereichsspezifische Ziele. Bei der Zielbildung können Ziele von der allgemeinen auf die politikübergreifende und bereichsspezifische Ebene kaskadiert bzw. abgeleitet werden.¹²⁴

Die allgemeinen Zielformulierungen liegen meistens bereits aus dem Gender Mainstreaming Prozess vor. Die enge Beziehung zwischen Gender Mainstreaming und GB wird bei diesem Schritt besonders erkennbar.¹²⁵ In Abbildung 7 leiten sich am Beispiel des allgemeinen Ziels „Gleiche Erwerbs- und Einkommenschancen für Frauen und Männer“ die nachgeordneten Ziele für den politikübergreifenden und bereichsspezifischen Bereich ab.

Abbildung 7: Kaskadierung von gleichstellungspolitischen Zielen¹²⁶



Von Ebene zu Ebene wird die Formulierung der Ziele konkreter. SMARTe Ziele sind leichter zu verfolgen. D.h., Ziele sollten **S**pezifisch, **M**essbar, **A**kzeptiert, **R**ealisierbar und **T**erminiert sein.¹²⁷

¹²³ Vgl. Klatzer, E., Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008, S. 113.

¹²⁴ Vgl. Mayrhuber, C. et al.: Kurzfassung, 2006, S. 4ff.

¹²⁵ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 15.

¹²⁶ Eigene Darstellung, vgl. Mayrhuber, C. et al.: Kurzfassung, 2006, S. 4ff.

Zur Bewertung der Zielerreichung sind Messgrößen (Kennzahlen, Zielwerte) und Indikatoren festzulegen.¹²⁸ „Indikatoren werden als Ersatzgrößen herangezogen, wenn Primärdaten fehlen oder wenn die Komplexität vorhandener Daten reduziert werden soll.“¹²⁹

Luise Gubitzer et al. empfiehlt die Zielbildung erst nach der Durchführung einer gendersensitiven Analyse. D.h., die Maßnahmen bzw. öffentlichen Ausgaben und Leistungen sind zuvor auf drei Ebenen zu untersuchen: Beschäftigungs- und Einkommenssituation (Input), Inanspruchnahme der öffentlichen Leistungen = geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse (Output) und Wirkungen = Gender-Wirkungsanalyse (Outcome).¹³⁰ Die Zielbildung erfolgt auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse aus der gendersensitiven Analyse.

Nach Grit Baumfelder et al. basieren die Festlegung der Strategie sowie die Formulierung eines Zielzustandes ebenfalls auf der geschlechterdifferenzierten Nutzenanalyse.¹³¹

3.3.3 Ist- Analyse: Geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse

Die Ist-Analyse widmet sich der Untersuchung von Verteilungseffekten des Haushalts. Es wird untersucht, wer die Leistungen in Anspruch nimmt und ob die Inanspruchnahme mit dem tatsächlichen Bedarf der Zielgruppe (Nutznießerinnen und Nutznießer der Leistung) übereinstimmt. Außerdem geht es um die Frage, „...warum Leistungen nicht bzw. von bestimmten Gruppen nicht in Anspruch genommen werden.“¹³² Die geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse ist ein mögliches Instrument der geschlechterspezifischen Haushaltsanalyse.¹³³

¹²⁷ Vgl. Andler, N., Projektmanagement, 2009, S. 122.

¹²⁸ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 14f.

¹²⁹ Lichtenecker, R.: Gender Budget Analyse, 2006, S. 173.

¹³⁰ Vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o.J., S. 13ff.

¹³¹ Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 15.

¹³² Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o.J., S. 16.

¹³³ Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 13; ebenso vgl. Weinmann, U.: Implementierung von Gender Budgeting, 2007, S. 11.

Bei diesem Schritt werden die Ausgaben der Gruppe B, die als gleichstellungsrelevant eingestuft wurden, näher betrachtet.¹³⁴

Oftmals liegen statistische Daten zu den Nutzern vor, jedoch meistens nicht nach Geschlecht differenziert, was nachträglich zu erfassen ist. Die Angaben zum Geschlecht können mit weiteren sozialen Merkmalen wie Alter, Migration, Behinderung, Einkommen etc. von Nutznießerinnen und Nutznießern verbunden werden, soweit es für die erstellte Leistung von Bedeutung ist.¹³⁵

Unterschieden wird bei der Nutzungsinzidenzanalyse (Nutzenanalyse) zwischen direkten und indirekten Transfers¹³⁶ bzw. primären und sekundären Nutzungsebenen.¹³⁷ Beide Bezeichnungen meinen die gleiche Differenzierung: „Wer hat den direkten, unmittelbaren Nutzen = unmittelbare Zielgruppe, z. B. Nutzung von Bibliotheken, Forschungs- und Kultureinrichtungen [... und] wer hat den mittelbaren Nutzen...“¹³⁸ gemeint sind Förderungen von Institutionen wie Zoos, Museen (Einrichtungen, die Nutzen, die das Allgemeinwohl steigern, erbringen).¹³⁹

Frey/Köhnen führen einen dritten Untersuchungsaspekt an. Dieser beinhaltet die Analyse der Mittelvergaben mit weiteren indirekten Effekten auf die Gleichstellung. Gemeint sind Effekte auf bezahlte und unbezahlte Arbeit.¹⁴⁰

Die Nutzenanalyse erfordert kontinuierliche Datenerhebung und Datenbewertung.¹⁴¹ Ergibt die quantitative Zuordnung eine hohe Differenz zwischen den Geschlechtern, kann es ein Hinweis auf gesellschaftliche Ungleichstrukturen sein.¹⁴² Die Ergebnisse der geschlechtsdifferenzierten

¹³⁴ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 17f.

¹³⁵ Ebenda.

¹³⁶ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 18ff.

¹³⁷ Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 15.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 21.

¹⁴⁰ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 23 ff.; ebenso vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o.J., S. 13ff.

¹⁴¹ Vgl. Baumfelder, G., et al.: Hinweise, 2006, S. 13; vgl. Weinmann, U.: Implementierung von Gender Budgeting, 2007, S. 11.

¹⁴² Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 15.

Nutzenanalyse bilden die Grundlage für die Durchführung einer Gender-Wirkungsanalyse,¹⁴³ der eigentlichen Prüfung der Gleichstellungswirkung.¹⁴⁴

3.3.4 Soll/Ist-Abgleich: Gender-Wirkungsanalyse

Mit der Wirkungsanalyse wird geprüft, inwiefern kurz- und langfristige inhaltliche Zielsetzungen der Maßnahme erreicht werden können und welche Auswirkungen sich eventuell durch die Maßnahme auf die Geschlechterverhältnisse ergeben.¹⁴⁵

Dies erfolgt in einem Soll/Ist-Abgleich, bei dem die Zielformulierungen (Soll-Zustand) den Ergebnissen der Nutzenanalyse (Ist-Zustand) gegenüber gestellt werden.

Zur ersten groben Schätzung der Gleichstellungswirkung empfehlen Frey/Köhnen das Volumen-Verhältnis der Titelgruppen A, B, C zueinander ins Verhältnis zu setzen und die jährlichen Veränderungen festzuhalten. Steigt das Volumen der Gruppe A (gleichstellungsbezogene Titel) an, wird dies als Beitrag zur Gleichstellung gewertet.

Im zweiten Bewertungsschritt werden ausgewählte Titel der Gruppe B in allen Ressorts bewertet, um die grobe Schätzung aus dem ersten Schritt zu präzisieren. Es erfolgt eine Einstufung in drei Wirkungskategorien. Fachliche Ziele spielen bei dieser Bewertung eine entscheidende Rolle, so dass die Analyse bzw. Entwicklungsbeurteilung der Gruppe B-Titel den Ressorts vorbehalten sein sollte.¹⁴⁶

In Abbildung 8 sind die Wirkungskategorien grafisch dargestellt.

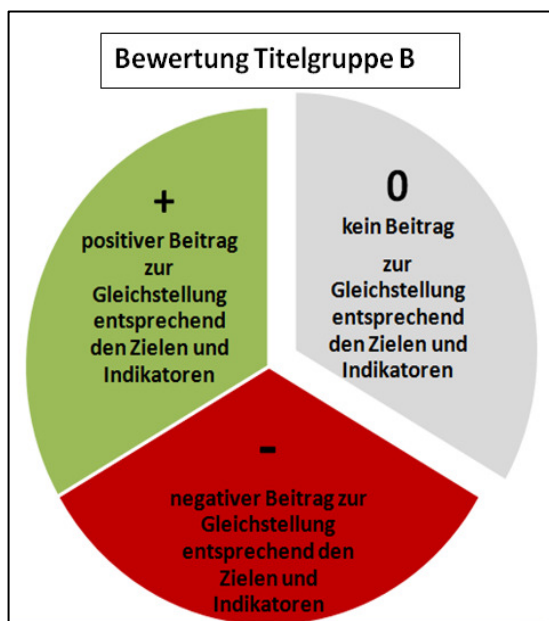
Gleichstellungspositiv (+) bewertet werden kann, wenn bspw. ein Zuwendungsempfänger mit den öffentlichen Geldern im Bereich einer geringen Frauenquote mehr Stellen für Frauen schafft.

¹⁴³ Vgl. ebenda. S. 16.

¹⁴⁴ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 26.

¹⁴⁵ Vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o. J., S. 19.

¹⁴⁶ Vgl. ebenda.

Abbildung 8: Wirkungskategorien der Gruppe B-Titel¹⁴⁷

Gleichstellungsnegativ (-) bewertet werden bspw. Sparmaßnahmen, die im Ausgabenbereich vorgenommen werden und zusätzliche Belastungen für die Haushalte nach sich ziehen.

Kein Beitrag zur Gleichstellung (0) liegt vor, wenn keine Daten zur Wirkungseinschätzung vorgelegt werden. Bei dieser Kategorie ist Handlungsbedarf festzustellen.¹⁴⁸

Grit Baumfelder et al. führt die Gender-Wirkungsanalyse in Berlin nach einem Leitfaden mit sieben Fragestellungen durch, die sich in drei Teilbereiche gliedern:¹⁴⁹

1. Erhobene Daten aus der geschlechterdifferenzierten Nutzenanalyse werden quantitativ in Relation zu den Geschlechterverhältnissen im Ausgabenbereich gesetzt.
2. Betrachtung der Bedürfnisse, Lebensstile und Lebenslagen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen, um diesen gerecht zu werden.
3. Fachlich begründete zusammenfassende Darstellung der Gleichstellungswirkung einer Ausgabe.

3.3.5 Ableitung von Handlungsempfehlungen

Aus den Ergebnissen der Gender-Wirkungsanalyse werden Konsequenzen gezogen, die als Handlungsempfehlungen¹⁵⁰ bzw. Maßnahmen für

¹⁴⁷ Eigene Darstellung.

¹⁴⁸ Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 26ff.

¹⁴⁹ Vgl. Baumfelder, G. et al.: Hinweise, 2006, S. 16f.

¹⁵⁰ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 29.

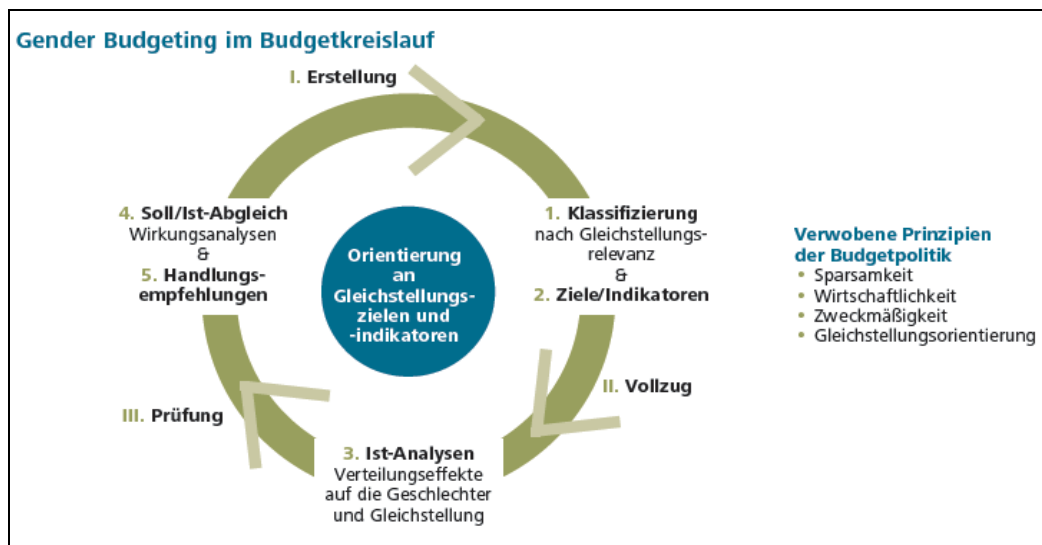
eine geschlechtergerechte Budgetgestaltung umgesetzt werden.¹⁵¹ Dieser Schritt ist für ein „vollständiges“ GB erforderlich. „Die Umsetzung von Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Budgetgestaltung ist integraler Bestandteil von Gender Budgeting.“¹⁵²

Bei Ausgaben der Gruppe B, die aufgrund fehlender Daten mit „0“ eingestuft wurden, sind entsprechende Informationen nachzufordern.¹⁵³

3.4 Gender Budgeting im Haushaltsprozess

Die Implementierung von GB in das Haushaltsverfahren ist ein integrativer Prozess.¹⁵⁴ Frey/Können haben die bereits in Kapitel 3.3 erläuterten Schritte zur Umsetzung von GB in ihre Darstellung des Haushaltskreislaufs eingebunden:

Abbildung 9: Gender Budgeting im Budgetkreislauf¹⁵⁵



Diese Abbildung verdeutlicht, dass neben den Grundsätzen Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Zweckmäßigkeit der Gleichstellungsorientierung eine gleichwertige Bedeutung beigemessen wird. Die Gleichstellungsorientierung wird in alle Phasen des Haushaltskreislaufs integriert:

Haushaltsplanaufstellung, (I. Erstellung) Kapitel 3.4.1

¹⁵¹ Vgl. Gubitzer, L. et al.: Anleitung und Beispiele, o. J., S. 24.

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Vgl. Frey, R./Können, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 18.

¹⁵⁴ Frey, R./Können, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 11.

¹⁵⁵ Abbildung entnommen aus: Frey, R./Können M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 11.

Haushaltsvollzug, (II. Vollzug) Kapitel 3.4.2

Rechnungslegung, (III. Prüfung) Kapitel 3.4.3

In Kapitel 3.4.4 wird auf die Darstellung der Genderinformationen im Haushalt eingegangen.

3.4.1 Haushaltsplanaufstellung

Die Klassifizierung nach Gleichstellungsrelevanz (Schritt 1, vgl. Kapitel 3.3.1) sowie die Bildung von Zielen und Indikatoren (Schritt 2, vgl. Kapitel 3.3.2) erfolgt bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs.¹⁵⁶

3.4.2 Haushaltsvollzug

In der zweiten Phase des Haushaltskreislaufs, dem Haushaltsvollzug, d. h. der Haushaltsausführung durch die Verwaltung¹⁵⁷, werden vereinbarte fachliche und genderbezogene Ziele in die konkrete Leistungserbringung einbezogen. Anhand der festgelegten Kennzahlen und Zielwerte ist die Zielerreichung im laufenden Haushaltsjahr kontinuierlich zu kontrollieren. Fehlentwicklungen können auf diese Weise erkannt und gegensteuernde Maßnahmen müssen folglich ergriffen werden. Um eine systematische Verbindung zwischen Zielsetzung (Soll), Durchführung (Ist) und Kontrolle der Zielabweichungen (Soll/Ist-Abgleich) zu erreichen, sollte ein entsprechendes Berichtswesen und Controlling (Gendermonitoring/Gendercontrolling) aufgebaut bzw. in das bestehende Berichtswesen und Controlling¹⁵⁸ aufgenommen werden.¹⁵⁹

Nach Frey/Köhnen sind in dieser Phase die Ist-Analysen durchzuführen, um die Verteilungseffekte auf die Geschlechter und die Gleichstellung festzustellen (Schritt 3, geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse, vgl. Kapitel 3.3.3).

¹⁵⁶ Die Haushaltsplanaufstellung erfolgt beim Land Baden-Württemberg gem. §§ 27 ff. LHO, VV zu § 27 LHO.

¹⁵⁷ Der Haushaltsvollzug richtet sich nach §§ 34 ff. LHO sowie den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

¹⁵⁸ Vertiefend zum Thema Controlling vgl. Hieber, F.: Öffentliche BWL, 2005, S. 52ff.

¹⁵⁹ Vgl. Färber, C.: Bürgerschaft, 2007, S. 9; ebenso vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 12.

3.4.3 Rechnungslegung

Die Rechnungslegung¹⁶⁰ bildet die dritte Phase im Haushaltskreislauf und ist neben der Denkschrift des Rechnungshofs¹⁶¹ die „Basis der parlamentarischen Haushaltskontrolle“¹⁶², mit der die Verwaltung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben schafft.¹⁶³ Beim Land wird die Haushaltsrechnung durch das Finanzministerium dem Parlament vorgelegt. Des Weiteren wird diese durch den Rechnungshof geprüft und findet ihren Abschluss in der Entlastung der Regierung durch das Parlament.¹⁶⁴ Im Wesentlichen steht bei der Rechnungslegung die Rechtmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung im Vordergrund.¹⁶⁵ Ein Genderprüfbericht als übergeordnete Bewertung des Realisierungsstands der Genderziele könnte die bisherige Rechnungslegung ergänzen. Daraus können Handlungsempfehlungen (Schritt 5, vgl. Kapitel 3.3.5) für den nächsten Haushaltskreislauf abgeleitet werden.¹⁶⁶ Grundlage für den Genderbericht sind die Ergebnisse aus dem Soll/Ist-Abgleich und den durchgeführten Wirkungsanalysen (Schritt 4, Gender-Wirkungsanalyse, vgl. Kapitel 3.3.4).

3.4.4 Genderinformationen im Haushalt

„Grundlage und zentrale Voraussetzung von geschlechtergerechter Haushaltspolitik ist die Erhebung, laufende Aktualisierung und Analyse geschlechtsspezifisch differenzierter Daten und Informationen.“¹⁶⁷

Diese Daten und Informationen müssen im Haushaltsplan sichtbar gemacht werden, was zur Notwendigkeit führt, Genderinformationen an

¹⁶⁰ Die Rechnungslegung ist gem. § 80 ff. LHO sowie den entsprechenden Verwaltungsvorschriften zu erfolgen.

¹⁶¹ In der Denkschrift des Rechnungshofs werden die für die Entlastung der Landesregierung bedeutsamen Prüfungsergebnisse zusammengefasst und dem Landtag und der Landesregierung vorgelegt; Vgl. Lober, E.: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 160.

¹⁶² Vgl. Lober, E.: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 158.

¹⁶³ Vgl. Färber, C.: Bürgerschaft, 2007, S. 9.

¹⁶⁴ Vgl. Lober, E.: Haushaltswirtschaft, 2003, S. 158ff.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda; § 90 LHO.

¹⁶⁶ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007, S. 29ff.

¹⁶⁷ Berliner Landeskommision: Gender Budget, 2003, S. 2.

die **Haushaltssystematik** zu knüpfen. Ein weiteres Argument für dieses Vorgehen resultiert aus dem Haushaltsverfahren. In den Haushaltsberatungen wird um Haushaltsmittel titelgenau gerungen und über sie entschieden.¹⁶⁸

Im **Produkthaushalt** werden die Genderinformationen Produkten zugeordnet. Die Struktur des Produkthaushalts und der Kosten-Leistungs-Rechnung bietet bessere Voraussetzungen zur Einbindung von GB, weil die Produkte bereits ziel- und ergebnisorientiert formuliert sind und lediglich um den Genderaspekt erweitert werden müssen.¹⁶⁹ Eine Zuordnung zu Einzelplänen, Kapiteln und Titeln, d.h. in einen funktional gegliederten **kameralen Haushalt** ist dennoch möglich.¹⁷⁰

Um den Haushaltsplan nicht zu überfrachten, seine Lesbarkeit und Transparenz zu sichern, müssen die geschlechtsspezifischen Daten einheitlich und aggregiert (konzentriert) abgebildet werden. Denkbar ist sowohl eine in den Haushaltsplan direkt integrierte Abbildung als auch eine Darstellung im separaten Bericht.¹⁷¹ Die integrierte Abbildung hat den Vorteil, dass alle entscheidungsrelevanten Informationen in der Haushaltsposition „auf einen Blick“ erfasst werden können. Eine Gesamtdarstellung aller Genderinformationen im separaten Bericht kann darüber hinaus, Handlungsbedarf bzw. Genderentwicklungen über Kapitel- und Titelgrenzen hinweg aufzeigen.

3.5 Voraussetzungen für effektives Gender Budgeting

Wie jeder Implementierungsprozess bedarf auch GB bestimmter Rahmenbedingen, die für den Einführungserfolg immanent sind.

¹⁶⁸ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 24.

¹⁶⁹ Vgl. Erbe, B.: Haushaltsplanung, 2003, S. 34.

¹⁷⁰ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 7; sowie vgl. Baumfelder, G: Hinweise, 2006, S. 11. Details zum kameralen Haushalt und seiner Systematik vgl. Lober, E. Haushaltswirtschaft, 2009, S. 64ff. sowie zum Produkthaushalt, S. 118.

¹⁷¹ Vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 33 ff.

Die Einführung von GB erfolgt als Top-down-Prozess.¹⁷² Dieser kann nur mit einer Verankerung in Politik und Verwaltungsspitze gelingen. „Eine klare rechtliche Verankerung mit Bindungswirkung für alle staatlichen Institutionen und Mechanismen der Einklagbarkeit im Falle der Nichterfüllung wäre eine adäquate Verankerung“¹⁷³ auf der politischen bzw. rechtlichen Ebene. Die Klärung der strategischen und politischen Prioritätensetzung in der Gleichstellungspolitik sollte auf einer breiten öffentlichen Debatte basieren¹⁷⁴, um unsichtbare Veränderungsbarrieren zu durchbrechen und ein Bewusstsein für die Gendernotwendigkeit zu schaffen.

In den Verwaltungen sind folgende Erfolgsfaktoren ausschlaggebend¹⁷⁵:

- Formulierung klarer Aufgaben und Zielsetzungen durch das Parlament und die Regierung;
- klare Verantwortlichkeitsstrukturen, Einrichtung einer ressortübergreifenden Koordinierungsstruktur mit enger Kooperation zwischen Finanzfachleuten und Genderexperten (Arbeitsgruppen);
- offene Kommunikationsstrukturen / Dialog mit Frauenorganisationen bzw. zivilgesellschaftlichen Initiativen, Förderung des Bottom-up-Prozesses für Alternativvorschläge;
- Vermittlung von Genderkompetenz bei Mitarbeitern; Wissen über Gender Verhältnisse und deren Wechselwirkung mit politischen Entscheidungen und Maßnahmen (Fort- und Weiterbildung);
- personelle, finanzielle, zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen (gerade in der Einführungsphase besteht ein zusätzlicher Bedarf);
- Einführung von Gendermonitoring / Gendercontrolling;
- Vermittlung, dass GB nicht nach einem Schnellrezept eingeführt werden kann, sondern ein langfristiger Prozess ist

¹⁷² Vgl. Weinmann, U.: Implementierung von Gender Budgeting, 2007, S. 6; vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 174.

¹⁷³ Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 246.

¹⁷⁴ Vgl. ebenda; vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung, 2009, S. 30.

¹⁷⁵ Vgl. Korb, S.: Gender Budget, 2008, S. 175; Klatzer, E.: Engendering Budgets, 2003, S. 246ff.

Von allen Expertinnen wird betont, dass die Einführung von GB nicht nur haushaltstechnisches Wissen, sondern auch Genderwissen erfordert und eine Einbindung von externen Beraterinnen und Beratern zur Unterstützung der Verwaltungen in dieser Phase zwingend anzuraten ist.¹⁷⁶ Ein aktives politisches Interesse bzw. ein Einfordern von gewonnenen Genderinformationen sowie deren Diskussion und Berücksichtigung bei der Entscheidungsfindung ist für die Weiterführung des GB Prozesses über das Einführungsstadium hinaus von großer Relevanz.¹⁷⁷

In diesem Kapitel wurde gezeigt, wie GB erfolgreich implementiert werden kann. Als integrativer Prozess fügt sich GB in den Haushaltskreislauf ein. Verdeutlicht wurde, dass die Einführung von GB nicht von heute auf morgen erfolgen kann und zusätzliche personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen erfordert. Die politische und die rechtliche Verankerung spielen für die Umsetzung eine große Rolle. Die gewonnenen Genderinformationen sollten im Haushaltsplan veröffentlicht werden. Diese ermöglichen geschlechtsbewusste Haushaltsentscheidungen und dienen dazu, die Mittelverteilung zu begründen oder eine Umsteuerung von Mittelströmen zu erwirken.¹⁷⁸

In welcher Weise sich Baden-Württemberg dieser herausfordernden Aufgabe stellt, wird im folgenden Kapitel 4 geklärt.

4. Gender Budgeting im Landeshaushalt Baden-Württemberg

Auf der Landesebene wurde das Thema GB von einer Unterarbeitsgruppe der Finanzfachfrauen auf die Tagesordnung gesetzt.¹⁷⁹ Diese Unterarbeitsgruppe bildete sich im Frühjahr 2008 zum Thema GB aus der interfraktionellen Frauenarbeitsgruppe des Landtags von Baden-

¹⁷⁶ Bspw. ebenda; sowie vgl. Färber, C. et al.: Machbarkeitsstudie, 2007, S. 17f.

¹⁷⁷ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung, 2009, S. 30.

¹⁷⁸ Vgl. Frey, R./Köhnen, M.: Arbeitshilfe, 2007, S. 18.

¹⁷⁹ Namentlich sind es die Abgeordneten: Veronika Netzhammer (CDU), Christine Rudolf (SPD), Edith Sitzmann (GRÜNE) und Heiderose Berroth (FDP/DVP).

Württemberg, die das Ziel verfolgt, gleichstellungspolitische Maßnahmen anzustoßen und entsprechende Veränderungen einzuleiten.¹⁸⁰

In diesem Kapitel wird zunächst der bisherige Weg von GB in den Landeshaushalt beschrieben und die derzeitige Beschlusslage dargelegt. Im Fokus steht die Pilotierung – Kriterien, Verfahren, zeitlicher Ablauf und mögliche Perspektiven des „Projekts“.

4.1 Entwicklung und Beschlusslage

Im Juli 2008 wird ein fraktionsübergreifender Berichts Antrag¹⁸¹ zu GB im Landeshaushalt in den Landtag eingebracht. Dieser bezieht sich auf mehrere Aspekte wie bspw. auf die Implementierung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung und der daraus abgeleiteten Anwendung von GB im Haushaltsprozess, auf die Relevanzklärung der Machbarkeitsstudie des Bundes für das Land und auf die Prüfung einer Einführung von GB in den Landeshaushalt.

In der Stellungnahme des Finanzministeriums (FM) wird erläutert, dass das Sozialministerium ein Konzept zur Berücksichtigung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Landesverwaltung – Gender Mainstreaming – erarbeitet hat und die Umsetzungsschritte entsprechend eingeleitet worden sind.

„Der eigentliche Prozess der Haushaltsaufstellung und der Haushaltsvollzug war bisher nicht direkt, sondern lediglich über die Berücksichtigung von Gender-Aspekten im jeweiligen Fachpolitikbereich, d.h. bei der Ausgestaltung und dem Vollzug von Fachgesetzen, Förderprogrammen und Einzelmaßnahmen durch die Fachressorts, mittelbar betroffen.“¹⁸²

Die Machbarkeitsstudie des Bundes zeigt geeignete Möglichkeiten einer Umsetzung auf, wobei die Landesregierung sich den vorangestellten Anmerkungen der Bundesregierung dahingehend anschließt, dass generell zu prüfen ist, „... ob und in welchem Maße die zusätzlichen

¹⁸⁰ Vgl. Rudolf, C.: Chance oder Pleite?, 2008, S. 500f.

¹⁸¹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Gender Budgeting im Landeshaushalt, 2009, S. 1f.

¹⁸² Landtag von Baden-Württemberg: Gender Budgeting im Landeshaushalt, 2008, S. 4.

geschlechterspezifischen Informationen im Haushaltsverfahren überhaupt entscheidungsrelevant sind.“¹⁸³ Des Weiteren bestätigt die Studie die Auffassung der Landesregierung, dass die Implementierung von GB schrittweise und unter Anpassung haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen zu erfolgen hat.¹⁸⁴

Folgende Abbildung zeigt den Weg des GB Konzepts vom ersten Berichtsantrag bis zur Pilotierung im Landeshaushalt auf.

Abbildung 10: Wesentliche Schritte bis zur Pilotierung von Gender Budgeting¹⁸⁵



Nach einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Geschlechtergerechte Mittelverteilung“ in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Sozialausschusses im Juli 2009¹⁸⁶ und einer Kleinen Anfrage zu GB in der EU¹⁸⁷ im September 2009 hat der Landtag in seiner 90. Sitzung am 11. März 2010 beschlossen, das Instrument GB-Nutzenanalyse in den Einzelplänen des Wirtschaftsministeriums (WM) und des Ministeriums für Arbeit und Soziales (MfAS) innerhalb der Hauptgruppe 6 (Zuwendungen an

¹⁸³ Bundesregierung: Anmerkung zur Machbarkeitsstudie, 2007.

¹⁸⁴ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Gender Budgeting im Landeshaushalt, 2008, S. 4.

¹⁸⁵ Eigene Darstellung.

¹⁸⁶ Landtag von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung, 2009, S. 2ff.

¹⁸⁷ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Gender Budgeting, 2009, S. 1ff.

Dritte) zu erproben. Der Prozess wird von der Arbeitsgruppe „produktorientierter Haushalt“ begleitet, wobei die Federführung beim FM gesehen wird.¹⁸⁸ Im Oktober 2010 berichtet die Landesregierung im Zwischenbericht zum Sachstand der Pilotierung von GB,¹⁸⁹ vgl. Kapitel 4.2. In der 105. Sitzung¹⁹⁰ beschließt der Landtag die Pilotierung an jeweils 10 Projekten aus den Ressorts WM und MfAS. Des Weiteren wird dem künftigen 15. Landtag die Fortführung der Arbeitsgruppe GB empfohlen und ein Sachstandbericht zum 30.11.2011 eingefordert. Genderinformationen sollen erstmals im Doppelhaushalt 2012/2013 abgebildet werden.

4.2 Erprobung der Gender-Budget-Nutzenanalyse im Landeshaushalt

Die Erprobung der Gender-Budget-Nutzenanalyse ist, wie bereits Kapitel 4.1 erläutert, vom Landtag beschlossen.¹⁹¹ Mit der Umsetzung wird eine interministerielle Arbeitsgruppe, bestehend aus dem WM, dem MfAS, und dem FM, betraut. Gegendert¹⁹² werden jeweils 10 Projekte aus dem WM und dem MfAS, die nach folgenden Kriterien ausgesucht wurden:

- Genderrelevanz und bedeutsames Finanzvolumen;
- im Haushalt sollte bereits eine „Berichtsstruktur“ vorhanden sein, die mit Genderinformationen ergänzt werden kann;
- Zuwendungsempfänger sollten unmittelbar vom Land langfristig finanziert werden, ohne Kompetenzverflechtungen zu Regierungspräsidien und Kommunen sowie keine Mischfinanzierungen (Bund-Land);
- Datengrundlage: zügig, ohne größeren Aufwand zu erheben;
- Vergleichbarkeit zwischen den Piloten;
- Steuerungsrelevanz der Genderinformationen, d.h. Erhöhung der Ausgabentransparenz über Ausweisung von geschlechterspezifischen

¹⁸⁸ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Plenarprotokoll, 2010a, S. 6392.

¹⁸⁹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Landesregierung, 2010, S. 1ff.

¹⁹⁰ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Plenarprotokoll, 2010b, S. 7527; vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Beschlussempfehlung und Bericht, 2010, S. 1ff.

¹⁹¹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Landesregierung, 2010, S. 1ff.

¹⁹² Gendern, das Gender Mainstreaming anwenden, vgl. DUDEN, 2011, S. 477.

Nutzen und Wirkung von Förderprogrammen bei geeigneten Programmen;

- klare Definition der Leistungsempfänger/innen;
- klare Zielsetzung durch Politik erforderlich -> zu welchem Zweck werden die Informationen benötigt: mittelbare Steuerung = allgemeine Gleichstellungs-ziele oder unmittelbare Steuerung = programmspezifische Zielsetzung.

4.2.1 Erprobungsbereiche

Für die Pilotierung hat die Landesregierung insgesamt 20 Förderprogramme der Hauptgruppe 6 Titel der Gliederungsziffer 68 – Zuwendungen¹⁹³ und Zuschüsse, nach o.g. Anforderungsprofil ausgesucht. Beispielhaft wird jeweils ein Programm aus dem WM (Abbildung 11) und dem MfAS (Abbildung 12) vorgestellt.¹⁹⁴ Abzulesen sind in den Abbildungen die Nummerierung des Piloten (Nr.), die Kapitel/Titel (Angaben zur Haushaltssystematik), die Zweckbestimmung (Bezeichnung des Förderprogramms) sowie die geplanten genderbezogenen Kennzahlen, die jeweils das Verhältnis der beiden genannten Zahlen darstellen.

Abbildung 11: Pilot Wirtschaftsministerium¹⁹⁵

Nr.	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung
1	0707	684 01	Zuschüsse an fremdsprachige Schulen in Baden-Württemberg
Genderbezogene Kennzahlen			
Anzahl Lehrerinnen (VZÄ) / Anzahl Lehrer (VZÄ)			
Anteil Lehrerinnen in Prozent / Anteil Lehrer in Prozent			
Anzahl geförderte Schülerinnen / Anzahl geförderte Schüler			
Anteil geförderte Schülerinnen in Prozent / Anteil geförderte Schüler in Prozent			

Gefördert werden mit diesen Zuschüssen Schulen in freier Trägerschaft, die keine sonstigen Fördermittel erhalten (Bund/EU) und international anerkannte Abschlüsse anbieten. Diese Schulen stärken Baden-Württem-

¹⁹³ Zuwendungen sind freiwillige Geldleistungen, die zukunftsbezogen gewährt werden an Stellen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke, vgl. VV Nr. 1.1 zu § 23 LHO. Das Zuwendungsrecht richtet sich nach § 23 und § 44 LHO sowie den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

¹⁹⁴ Ausführliche Darstellung vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Landesregierung, 2010, S. 3ff.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 3.

berg als internationalen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.

Abbildung 12: Pilot Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren¹⁹⁶

Nr.	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung
1	0903	684 71	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen (BPJ)
Genderbezogene Kennzahlen			
Anzahl der Frauen im BPJ / Anzahl der Männer im BPJ			
Anteil der Frauen im BPJ in Prozent / Anteil der Männer im BPJ in Prozent			
Anzahl der vermittelten Frauen im BPJ / Anzahl der vermittelten Männer im BPJ			
Anteil der vermittelten Frauen zu allen Frauen im BPJ in Prozent / Anteil der vermittelten Männer zu allen Männern im BPJ in Prozent			

Ziel dieses Programms ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das Berufspraktische Jahr (BPJ) ist eine wirksame Maßnahme zur beruflichen Eingliederung schwer vermittelbarer junger Menschen.

Die Piloten werden nach der GB-Nutzenanalyse untersucht (vgl. Erläuterungen zu geschlechterdifferenzierter Nutzenanalyse in Kapitel 3.3.3). Es geht hierbei um eine quantitative Erhebung des Ist-Stands, zur Klärung, wie viele Frauen/Männer von Leistungen aus den Förderprogrammen profitieren.

4.2.2 Datenerhebung und Abbildung von Genderinformationen

Die Datenerhebung erfolgt ab dem Jahr 2010. Nur bei bereits vorliegenden Daten bzw. Daten, die mit geringem Aufwand erhoben werden können, erfolgt eine nachträgliche Erhebung für das Jahr 2009. Geprüft wird, inwieweit die Datenerhebung ab dem Jahr 2010 mit dem Zuwendungsbescheid direkt verbunden werden kann.

Die erhobenen Genderinformationen aus der Nutzenanalyse für die Jahre 2009 und 2010 werden ab dem Doppelhaushalt 2012/2013 im produktorientierten Teil des Haushalts beim jeweiligen Fachbereich in einer eigenen Tabelle dargestellt. Entsprechend der Darstellung im kameralen Haushaltsteil werden der Ist-Wert und die zwei zurück liegenden Jahre ausgewiesen.¹⁹⁷

¹⁹⁶ Ebenda, S. 8.

¹⁹⁷ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Landesregierung, 2010, S. 14ff.

4.3 Zeitlicher Ablauf und Perspektiven

Die Arbeitsgruppe hat bis zum 30.11.2011 an den Finanzausschuss über den Sachstand der Erprobung zu berichten. Die Ergebnisse der Gender-Nutzen-Analyse sollen evaluiert werden und als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen in Bezug auf GB dienen. Eine Ausweitung von GB führt zu einem Personalmehrbedarf.¹⁹⁸

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass vor einer Ausweitung der Pilotierung akzeptanzbildende Maßnahmen notwendig sind, die zur erfolgreichen Umsetzung und Evaluierung von GB beitragen sollen. Dies sind bspw. Informationsveranstaltungen, Fort- und Weiterbildungsangebote (Genderkompetenz), Workshops, Unterstützung durch externe Berater/innen und Erarbeitung von Arbeitsleitfäden.

Der Anfang von GB im Landeshaushalt ist gemacht. Es wird abzuwarten sein, wie die praktischen Erfahrungen mit den Piloten ausfallen, um eine „echte“ Perspektive für die Implementierung von GB im Landeshaushalt zu erkennen. Festzustellen ist, dass eine aktive interfraktionelle Frauenarbeitsgruppe das Projekt im Landtag entschieden vorantreibt, so dass unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl im März 2011 ein Weiterbestehen des Projekts zu erwarten ist. Die Weichen dafür sind gestellt.¹⁹⁹ In Kapitel 5 richtet sich der Blick auf den Einführungsstand von GB auf der Länderebene.

5. Länderumfrage zur Umsetzung von Gender Budgeting

Die Recherche zum Thema dieser Arbeit führt nicht nur zur Frage, wie weit Baden-Württemberg beim Umsetzungsprozess von GB ist, sondern ebenfalls zur Frage, inwieweit die Strategie GB generell von den Bundesländern verfolgt wird. Bisher ist hierzu keine umfassende Erhebung mit dem derzeitigen Ist-Stand publiziert. Aus diesem Grund ist

¹⁹⁸ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Landesregierung, 2010, S. 13.

¹⁹⁹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Beschlussempfehlung und Bericht, 2010, S. 1.

von der Verfasserin eine Umfrage zum Einführungsstand von GB in den Bundesländern durchgeführt worden.

Nachfolgend wird zunächst die Vorgehensweise der Untersuchung erläutert. Im Vordergrund steht die Vorstellung und Analyse der Umfrageergebnisse, die im Resümee zusammengefasst werden.

5.1 Vorgehensweise bei der Untersuchung

Die empirische Untersuchung zum Umsetzungsstand von GB auf der Länderebene erfolgte mit einem Fragebogen. Der Fragebogen ist ein Instrument der standardisierten Befragung, das häufig zur Erhebung von Primärdaten verwendet wird. Primärdaten sind die im Rahmen einer Untersuchung neu erhobenen Daten.²⁰⁰ Gewählt wurde die standardisierte schriftliche Befragung, bei der die ausgewählten Befragten den Fragebogen postalisch, per Fax oder E-Mail erhalten. Die Befragten können bei dieser Erhebungsmethode innerhalb kurzer Zeit erreicht werden, obwohl sie geographisch deutschlandweit verteilt sind.

Neben der Festlegung der Erhebungsmethode ist bei einer empirischen Forschung die Grundgesamtheit²⁰¹ zu definieren. Als Grundgesamtheit bezeichnet werden die für eine statistische Untersuchung relevanten Merkmalsträger.²⁰² Diese sind bei der vorliegenden Befragung die Bundesländer. Sie weisen alle das Merkmal Gebietskörperschaft Land auf. Bei der Befragung handelt es sich um eine Vollerhebung²⁰³, da die Grundgesamtheit (alle Bundesländer) vollständig erfasst wird.

Der entwickelte Fragebogen gliedert sich in vier Bereiche²⁰⁴:

1. Bereich: allgemeine Angaben (Frage 1: Angabe zum Bundesland)
2. Bereich: Abfrage, ob die Strategie GB bekannt ist (Frage 2)
3. Bereich: Umsetzungsstand von GB (Frage 3)

²⁰⁰ Vgl. Kaya, M.: Datenerhebung, 2009, S. 50f.

²⁰¹ Vgl. Anlage 2: Grundgesamtheit der Befragten, Anlage S. IX dieser Arbeit.

²⁰² Vgl. Bamberg, G./Bauer, F.: Statistik, 2001, S. 5.

²⁰³ Vgl. Bamberg, G./Bauer, F.: Statistik, 2001, S. 5.

²⁰⁴ Vgl. Anlage 3, Fragebogen, Anhang S. X-XII dieser Arbeit.

4. Bereich: Bewertung der Strategie GB (Frage 4)

Der Fragebogen wurde am 19.01.2011 per E-Mail²⁰⁵ mit einem Begleitschreiben²⁰⁶ an die Pressestellen der Finanzministerien im jeweiligen Bundesland versandt. Beim FM Baden-Württemberg erhielt die zuständige Referentin die Unterlagen direkt und ebenfalls per E-Mail. Das Begleitschreiben enthielt das Befragungsziel, die Zielgruppe sowie den Rücksendetermin. Eine Antwort sollte bis zum 04.02.2011 erfolgen. Bis zu diesem Termin kamen zehn Rückmeldungen. Um die Rücklaufquote zu erhöhen, wurde am 04.02.2011 an die Länder mit noch ausstehenden Länderfeedbacks eine Erinnerungsmail²⁰⁷ versandt, die zu weiteren drei Antworten führte.

Die Ermittlung der Daten fand im Zeitraum vom 19.01.2011 bis zum 17.02.2011 statt. An der Umfrage nahmen 13 der 16 Bundesländer teil. Das entspricht einer Rücklaufquote von 81%. Thüringen hatte zwar geantwortet, jedoch wurde der Fragebogen aufgrund einer personellen Neubesetzung nicht ausgefüllt. Von Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen kam keine Antwort. Bis auf Niedersachsen äußerten alle Bundesländer Interesse an den Ergebnissen und der Auswertung der Erhebung. Alle Teilnehmer werden ein Dankeschreiben erhalten.

Die Auswertung der Umfrage erfolgte computergestützt unter Zuhilfenahme des Tabellenkalkulationsprogrammes Microsoft Excel. Alle Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt.

5.2 Auswertung der Umfrageergebnisse

5.2.1 Bekanntheitsgrad und Umsetzungsstand von Gender Budgeting

Die Frage nach der Bekanntheit des GB Konzepts wurde in allen Rückläufen bejaht. Dies entspricht einem Bekanntheitsgrad von 100%.

²⁰⁵ Vgl. Anlage 4, E-Mail-Anschreiben, Anlage S. XIII dieser Arbeit.

²⁰⁶ Vgl. Anlage 5, Begleitschreiben zum Fragebogen, Anlage S. XIV dieser Arbeit.

²⁰⁷ Vgl. Anlage 6, Erinnerungsmail, Anlage S. XV dieser Arbeit.

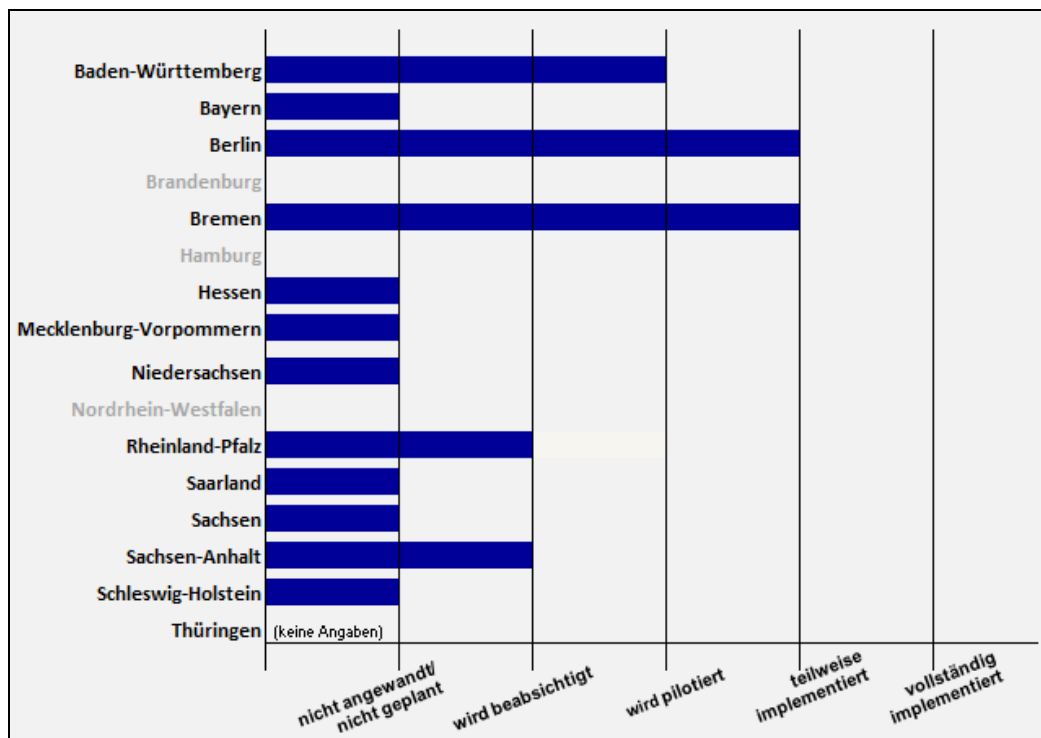
Die Beantwortung der Frage nach dem Umsetzungsstand von GB ließ fünf Alternativen zu:

1. ist implementiert
2. wird pilotiert
3. wurde pilotiert
4. wird nicht angewandt
5. wird beabsichtigt

Bei jeder Alternative wurde detailliert nach dem konkreten Umfang (vollständig/teilweise), dem Zeitpunkt sowie den Bereichen der Implementierung gefragt. Zu nennen war außerdem, ob eine Gender-Budget-Nutzenanalyse (GBN) bzw. Gender-Budget-Wirkungsanalyse (GBW) erfolgt und ob die Ergebnisse in die Mittelverteilung einfließen. Bei der sechsten „Alternative“ sollte angegeben werden, ob parlamentarische Anfragen vorliegen.

Die erste Auswertung analysiert den Einführungsstand entsprechend der o.g. fünf Grundstadien/Alternativen. Auf die Darstellung der Alternative „wurde pilotiert“ wird verzichtet, da diese von den Befragten nicht angekreuzt wurde.

Abbildung 13: Umsetzungsstand von Gender Budgeting auf Länderebene



In sieben Bundesländern wird GB derzeit nicht angewandt, eine Einführung ist nicht geplant. Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beabsichtigen die Umsetzung und in Baden-Württemberg wird die Strategie erprobt. Am weitesten ist der Implementierungsprozess in Berlin und Bremen. Soweit nähere Informationen zum Sachstand in den Rückläufen enthalten waren, werden diese wie folgt erläutert:

Bayern: Eine Einführung ist nicht geplant. Die Recherche der Verfasserin ergab, dass im Januar 2011 ein Antrag²⁰⁸ von der SPD zur Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und –steuerung (Gender Budgeting) eingebracht wurde. Es bleibt abzuwarten, wie darüber im Landtag entschieden wird.

In **Hessen** wurde die letzte parlamentarische Anfrage²⁰⁹ zu GB im Mai 2009 vom Landtag abgelehnt. Hessen merkt grundsätzlich an: Aufgrund einer fehlenden verbindlichen Festlegung bei der Umsetzung „des Gender-Budgeting-Konzepts“ entsteht der Eindruck, dass das Verständnis in den verschiedenen Gebietskörperschaften hierzu durchaus unterschiedlich ist.

Saarland: Die Gender Perspektive wird bei allen politischen und gesetzgeberischen Vorhaben mit einbezogen. In allen Ministerratsvorlagen und im Vorblatt zu jedem Gesetzentwurf müssen die Auswirkungen in Bezug auf die Gleichstellungspolitik dargestellt und bewertet werden.

Sachsen: Der Freistaat Sachsen, speziell das FM, steht GB kritisch gegenüber. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD zur Umsetzung der GB-Strategie im Sächsischen Landeshaushalt wird ausgeführt, dass der zentrale Ansatzpunkt für Genderfragen die auf Gesetzen beruhende Fachpolitik darstellt. „Es ist nicht Aufgabe der Haushaltsaufstellung, eine geschlechterspezifische Beurteilung vorzunehmen sowie über die komplexen und konträren Genderfragen zu

²⁰⁸ Vgl. Bayerischer Landtag: Antrag, 2011.

²⁰⁹ Vgl. Hessischer Landtag: Gender Budgeting, 2009.

befinden. [...] Bei dem Gender Budgeting scheint es sich eher um eine theoretische Modellvorstellung zu handeln.“²¹⁰ Genderfragen werden anhand einer Checkliste bei der Erstellung aller Kabinettsvorlagen prüfend berücksichtigt. Diese Betrachtung schließt auch die haushalterischen Auswirkungen mit ein.²¹¹

Sachsen-Anhalt: In Sachsen-Anhalt findet derzeit ein Meinungsbildungsprozess statt. Die Einführung von GB steht in Abhängigkeit der Prüfung. Die Recherche der Verfasserin ergab, dass am 02.02.2011 der Landtag von Sachsen-Anhalt beschlossen hat, Gleichstellungsindikatoren im Rahmen der strategischen Steuerung u.a. GB zu berücksichtigen. Es soll ein Konzept zur schrittweisen Einführung von GB erarbeitet werden.²¹² Aus diesem Grund wird Sachsen-Anhalt trotz der eigentlichen Beantwortung mit „wird nicht berücksichtigt“ in „wird beabsichtigt“ eingestuft. Aufgrund fehlender Details wird es jedoch nicht in die detaillierte Betrachtung der „umsetzenden“ Länder einbezogen.

Zu den „umsetzenden“ Bundesländern gehören Baden-Württemberg, Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz, vgl. Abbildung 14.

Abbildung 14: Bundesländer, die Gender Budgeting anwenden

	Pilotierung	teilweise Implemen- tierung	GBN	GBW	Ergebnisse aus GBN / GBW werden bei Mittelverteilung berücksichtigt	Ressort	Hauptgruppe / Obergruppe	Anzahl der Piloten	Bezeichnung	Gender- informationen im Haushalt ab
Baden-Württemberg	X		X			Wirtschaftsministerium; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren	6 / 68	20	Zuwendungen an Dritte LT-Drs. 14/6989	2012/2013
Berlin		X	X		X	diverse	6 / 68		Zuwendungen, Personal, Produkt	2004/2005
Bremen	X		X	X		diverse	6 / 68	ca. 18	im Zuwendungs- bereich bereits flächendeckend eingeführt	2010/2011
		X				diverse			LT-Drs. 17/1159	
Rheinland-Pfalz		X	X			Ministerium des Innern und Sport; Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit; Ministerium für Bildung, Jugend, Familien und Frauen	6 / 68	5	Zuwendungen an Dritte LT-Drs. 15/3913/4548	2012
GBN = Gender-Budget-Nutzenanalyse GBW = Gender-Budget-Wirkungsanalyse										

²¹⁰ Vgl. Freistaat Sachsen: Antrag der SPD-Fraktion, 2010, S. 1 f.

²¹¹ Vgl. ebenda, S. 3.

²¹² Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Beschluss, 2011.

Zur Erläuterung: Abbildung 14 stellt den Umfang, die Bereiche und den Zeitpunkt, ab dem die Genderinformationen im Haushalt abgebildet werden, dar. Alle vier Länder wenden GB im Zuwendungsbereich an. Berlin berücksichtigt GB ebenfalls im Personal- und Produktbereich.

Bezüglich der Umsetzung in **Baden-Württemberg** wird auf Kapitel 4 verwiesen.

Berlin: Der Einführungsprozess von GB ist in Berlin am weitesten fortgeschritten. Bereits im Jahre 2002 beschloss der Senat die Umsetzung. Ab dem Doppelhaushalt 2004/2005 werden geschlechtersensitive Informationen in jedem Haushalt abgebildet. Es wird die geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse durchgeführt, deren Ergebnisse bei der Mittelverteilung berücksichtigt werden. Schwerpunktmäßig erfolgt die Umsetzung in den Bezirken, die kommunale Aufgaben wahrnehmen.²¹³ Es wurde ein „Leitfaden zur Umsetzung von Gender Budgeting im Zuwendungswesen“ herausgegeben.²¹⁴

Bremen: GB ist im Haushaltsprozess teilweise seit 01.01.2010 implementiert. Es wird eine GB-Nutzenanalyse durchgeführt. In die Mittelverteilung fließen die Ergebnisse nicht ein, da die Einführung erst am Anfang steht und bisher nur im Zuwendungsrecht flächendeckend erfolgt ist. In diversen Pilotprojekten wird sowohl die GBN als auch die GBW durchgeführt. GB wird parallel zum Produktgruppenhaushalt verfolgt. Es wurde ein Leitfaden zur Umsetzung des GB im Zuwendungswesen (institutionelle Förderungen) vom Senat beschlossen, der auch für Projektförderungen vorgesehen ist. Die Verwaltungsvorschriften zur Haushaltsdurchführung wurden entsprechend ergänzt. GB-Informationen werden im Zuwendungsbericht und in der Zuwendungsdatenbank

²¹³ Details siehe Ausführungen von Herrn Feiler, Leiter der Abteilung Finanzpolitik, Haushalt, Kredite der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin bei der öffentlichen Anhörung zum Thema „Geschlechtergerechte Mittelverteilung“ vgl. Landtag von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung, 2009, S. 22ff.

²¹⁴ Vgl. Weinmann, U. et al.: Leitfaden, 2007.

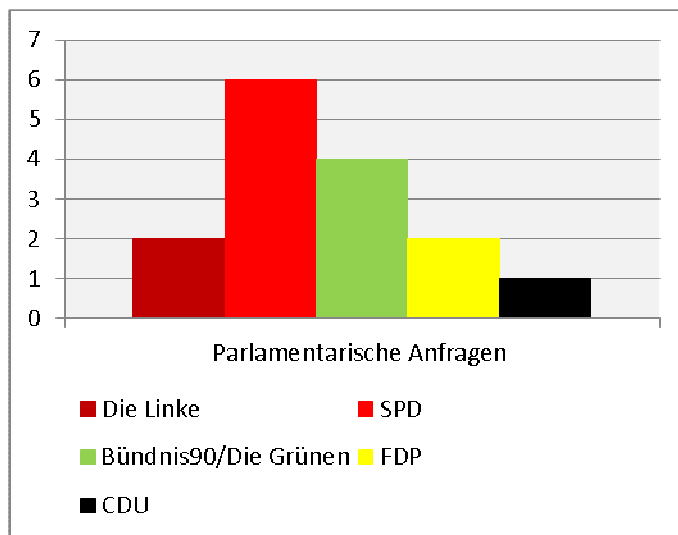
veröffentlicht.²¹⁵

Rheinland-Pfalz: Die Einführung von GB ist als teilweise Implementierung beabsichtigt. Es sollen die Voraussetzungen zu einer stufenweisen Einführung GB ab dem Haushalt 2012 geschaffen und ein Umsetzungskonzept zum Controlling entwickelt werden. Eine ressortübergreifende fachbezogene Arbeits- bzw. Steuerungsgruppe wird eingerichtet. Im ersten Schritt wird mit insgesamt fünf Pilotbereichen aus den Ressorts Ministerium des Innern und Sport, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Ministerium für Bildung, Jugend, Familien und Frauen begonnen.²¹⁶

Ferner wurde in Frage 3 nach Parteien gefragt, die die parlamentarischen Anfragen zur Einführung von GB einbringen. Diese konnten im Fragebogen angekreuzt werden.

Abbildung 15 stellt die Auswertung der Nennungen bezogen auf alle Bundesländer je Partei als Summe dar.

Abbildung 15: Parlamentarische Anfragen zu Gender Budgeting (Länder gesamt)



Es ist deutlich zu erkennen, dass die Parteien SPD (6 Nennungen) und Bündnis 90/Die Grünen (4 Nennungen) in den häufigsten Fällen den Implementierungsprozess anstoßen. Ein überfraktioneller Antrag, wie in Baden-Württemberg vorliegend (CDU, FDP, SPD, DIE GÜNEN), stellt eine Ausnahme dar.

²¹⁵ Vgl. Bremer Bürgerschaft: Umsetzung von Gender-Mainstreaming, 2010, S. 7ff.

²¹⁶ Vgl. Landtag von Rheinland-Pfalz: Beschluss, 2010, S. 2.

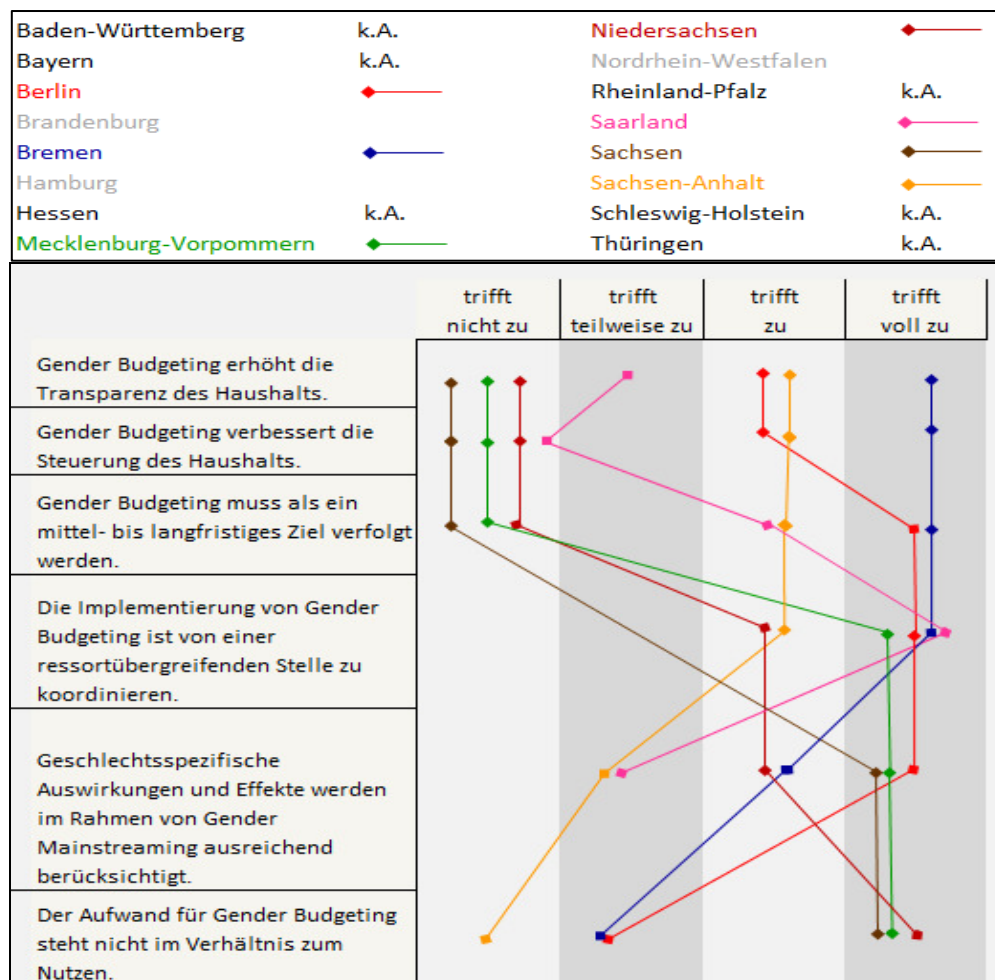
5.2.2 Bewertung des Gender Budgeting Konzepts

Zuletzt wurden die Befragten im vierten Bereich des Fragebogens gebeten, bewertende Statements nach ihrer Auffassung in folgende Kategorien einzustufen:

trifft nicht zu / trifft teilweise zu / trifft zu / trifft voll zu.

Die Bewertung wurde von sieben Bundesländern vorgenommen. In der folgenden Abbildung 16 sind die Auswertungsergebnisse grafisch dargestellt. Jedem Bundesland wurde dabei eine Farbe zugeordnet, die der Legende zu entnehmen ist. Bundesländer, die keine Bewertung trafen, wurden mit k.A. für keine Angabe in der Legende kenntlich gemacht.²¹⁷

Abbildung 16: Bewertung des Gender Budgeting Konzept



²¹⁷ Siehe auch Anlage 7, tabellarische Auswertung der Bewertung des GB Konzepts, Seite XVI dieser Arbeit.

Die Transparenzerhöhung durch GB im Haushalt sehen Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Niedersachsen nicht und bewerten mit „nicht zutreffend“. Nur Bremen sieht diese als voll gegeben an.

Die Beurteilung, ob GB zu einer Verbesserung der Haushaltssteuerung führt, wird noch klarer verneint (Sachsen, MV, Niedersachsen, Saarland). Allein Bremen bejaht das Steueroptimierungspotenzial von GB.

Dass GB als ein mittel- bis langfristiges Ziel verfolgt werden muss, sieht ein überwiegender Teil der Befragten als zutreffend (Saarland, Sachsen-Anhalt, Berlin, Bremen). Sachsen, MV und Niedersachsen werten hier mit „trifft nicht zu“.

Alle Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Implementierung von GB von einer ressortübergreifenden Stelle erfolgen muss.

Ein überwiegender Teil (Niedersachsen, Bremen, Sachsen, MV, Berlin) findet, dass die geschlechterspezifischen Auswirkungen und Effekte im Rahmen von Gender Mainstreaming ausreichend berücksichtigt werden.

Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Frage, nach dem Verhältnis Aufwand/Nutzen von GB. Sachsen, MV und Niedersachsen stufen konsequenterweise - bezogen auf die übrige Bewertung - den Aufwand für GB als nicht verhältnismäßig ein. Sachsen-Anhalt sieht diese Diskrepanz nicht. Interessant ist, dass Berlin und Bremen, die bei der Implementierung an vorderster Stelle stehen, diesen Punkt als „teilweise zutreffend“ bewerten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Bundesländer sehr unterschiedlich zu GB stehen. Während die Stadtstaaten Berlin und Bremen sich diesem Thema voll angenommen haben, herrscht bei den Flächenländern eine abwartende bzw. ablehnende Haltung vor. Befürchtet wird ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand, der einem eher geringem Erkenntnisgewinn gegenüber steht. Der überwiegende Teil führt an, dass Genderfragen bereits im Rahmen der schon eingeführten Gender Mainstreaming Strategie auf allen Ebenen des Handelns berücksichtigt werden. Allerdings ist ein möglicher „Trend“ zur Einführung von GB nicht

zu verkennen. Innerhalb eines Jahres haben drei Flächenländer die Einführung bzw. Erprobung beschlossen.²¹⁸

6. Fazit und Ausblick

Die derzeitige Haushaltspolitik ist auf Konsolidierung ausgerichtet.²¹⁹ Spar- und Kürzungsmaßnahmen²²⁰ stehen auf der politischen Tagesordnung. Diesem Zustand verdankt GB seine Entstehung und auch dessen Rechtfertigung. Zweifellos bietet die Strategie GB Instrumente, um valide Daten als verlässliches Fundament für gleichstellungspolitische Entscheidungen zu generieren und dadurch zumindest ein Stück weit für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. GB ist zweifellos auch eine anspruchsvolle Strategie, die nach Wirkungen fragt, die aus dem Haushalt primär nicht ersichtlich sind. Neben den bereits genannten Erfolgsfaktoren in Kapitel 3.5 ist vor allem die Überzeugung von der Notwendigkeit und dem Nutzen der Strategie sowie das Einfordern und Berücksichtigen der Gender Erkenntnisse im politischen Handeln für das Gelingen von GB zwingend.

Die Verfasserin kommt zum Entschluss, dass GB derzeit eher eine Kür als eine Pflicht darstellt, eben weil der breite politische Wille nicht erkennbar ist und eine rechtliche Verpflichtung nicht besteht. GB scheint, „in der Mitte“ der Gesellschaft noch nicht angekommen zu sein. Fraglich ist, ob es die Bürgerinnen und die Bürger tatsächlich interessiert, welchem Geschlecht ein Autobahnausbau eher nützt.

Es bleibt die Hoffnung, dass das Potenzial des GB als Steuerungsinstrument erkannt wird und die Strategie eine angemessene Einbeziehung in die Geschehnisse der Landeshaushalte findet.

„Gesellschaftliche Veränderung fängt immer mit Außenseitern an,
die spüren, was notwendig ist.“

Robert Jungk

²¹⁸ Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Jahr 2010, Sachsen-Anhalt im Jahr 2011.

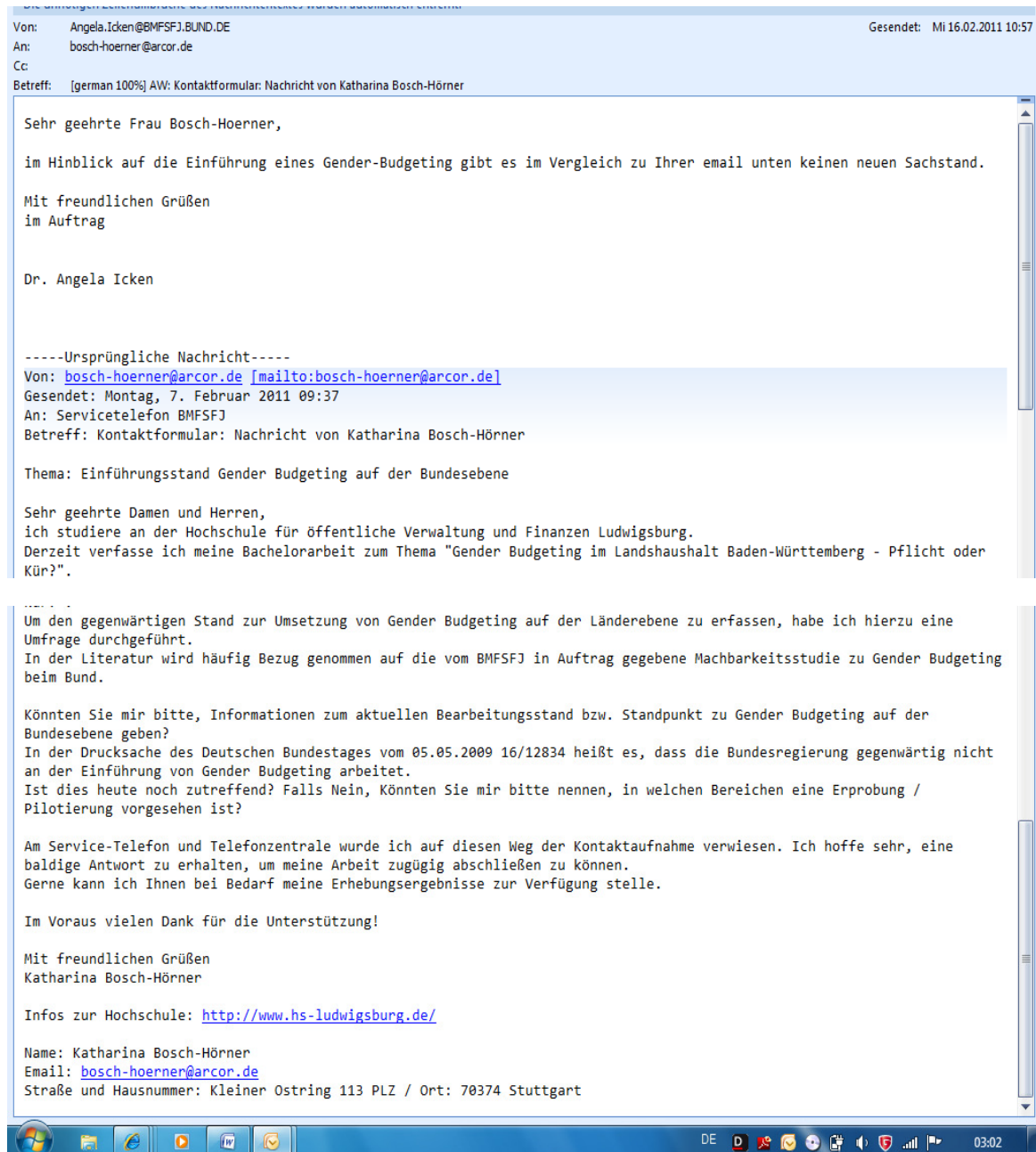
²¹⁹ Vgl. <http://www.finanzministerium.baden-wuerttemberg.de/de/Haushalt/222399.html> [12.02.2011].

²²⁰ Vgl. http://www.fm.baden-wuerttemberg.de/de/Aktuelle%20Pressemitteilungen/243148.html?_min=_fm&template=min_meldung_html&referer=110380 [26.02.2011].

Anlagen

Anlage 1: Antwort BMFSFJ

Antwort des BMFSFJ vom 16.02.2011 auf die E-Mail-Anfrage der Verfasserin vom 07.02.2011 zum Sachstand von Gender Budgeting auf der Bundesebene.



Anlage 2: Grundgesamtheit der Befragten

Baden-Württemberg

Bayern

Berlin

Brandenburg

Bremen

Hamburg

Hessen

Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

Thüringen

Anlage 3: Fragebogen (3 Seiten)

Empirische Erhebung im Rahmen der Bachelorarbeit
„Gender Budgeting im Landeshaushalt Baden-Württemberg – Pflicht oder Kür?“
durchgeführt von Katharina Bosch-Hörner

Umfrage zur Umsetzung von Gender Budgeting auf der Länderebene

Bitte senden Sie den Fragebogen bis zum 04.02.2011 zurück an:
bosch-hoerner@arcor.de

Bitte Zutreffendes auswählen /ankreuzen!

1. **Bundesland:**
2. **Das Gender Budgeting Konzept ist bekannt:** ☐ Ja ☐ Nein
3. **Umsetzungsstand von Gender Budgeting**

Gender Budgeting ...

- ☐ **ist** bereits im Haushaltsprozess implementiert:
- ☐ vollständig – seit .
- ☐ teilweise – seit .
- Bitte Bereiche nennen: .
- ☐ Gender-Budget-Nutzenanalyse wird durchgeführt.
- ☐ Gender-Budget-Wirkungsanalyse wird durchgeführt.
- ☐ Die Ergebnisse der Gender-Budget-Nutzenanalyse bzw. der
Gender-Budget-Wirkungsanalyse fließen in die Mittelverteilung ein.
- Falls Nein, bitte Gründe nennen: .
- ☐ **wird** in Pilotprojekten erprobt.
- Bitte Bereiche nennen: .
- ☐ Gender-Budget-Nutzenanalyse wird durchgeführt.
- ☐ Gender-Budget-Wirkungsanalyse wird durchgeführt.

Empirische Erhebung im Rahmen der Bachelorarbeit
„Gender Budgeting im Landeshaushalt Baden-Württemberg – Pflicht oder Kür?“
durchgeführt von Katharina Bosch-Hörner

☐ **wurde** in Pilotprojekten erprobt. Aufgrund der Ergebnisse:

☐ erfolgt eine Ausweitung.

Bitte Bereiche nennen: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

☐ erfolgt eine Einstellung.

Erprobung erfolgte im/in Bereich/en: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Gründe für die Einstellung: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

☐ Gender Budgeting wird derzeit nicht angewandt.

Eine Einführung wird beabsichtigt: ☐ Ja ☐ Nein

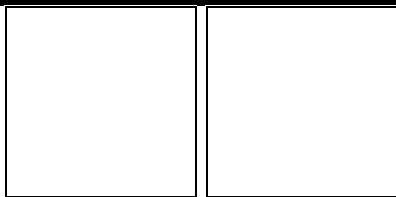
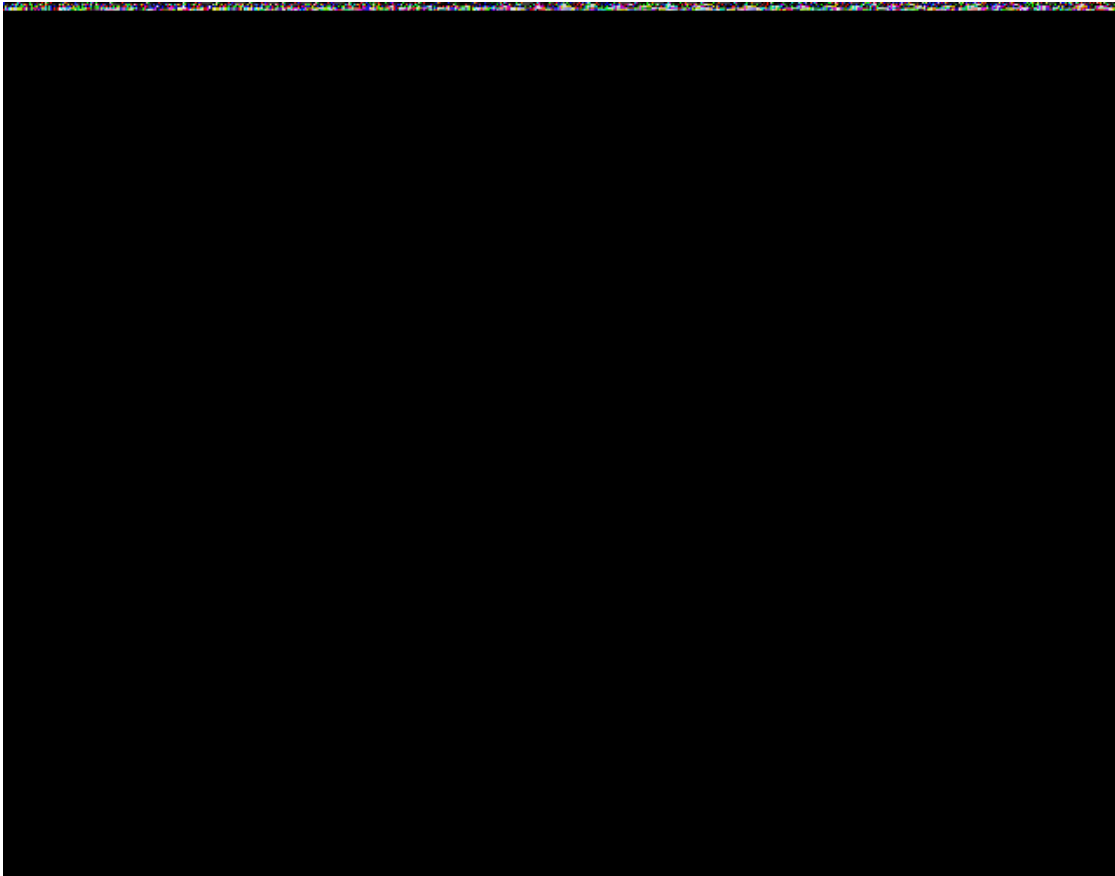
☐ Die Umsetzung von Gender Budgeting wird von der Landesregierung beabsichtigt:

☐ vollständige Implementierung.

voraussichtlich ab Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.

☐ teilweise Implementierung.

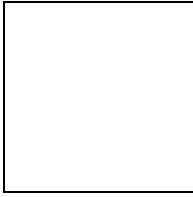
Voraussichtlich ab Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.



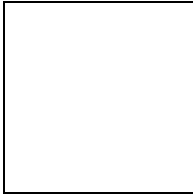
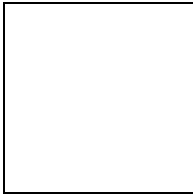
Anlage 4: E-Mail Anschreiben

hier: Bayern

Alle 16 Bundesländer wurden mit gleichlautenden E-Mails angeschrieben. Kontaktiert wurde jeweils die Pressestelle. Lediglich in Baden-Württemberg war die zuständige Referentin namentlich bekannt. Sie erhielt eine direkte E-Mail.



Anlage 5: Begleitschreiben



Bitte senden Sie mir den ausgefüllten Fragebogen **bis spätestens Freitag, 04.02.2011** zurück.

Herzlichen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Bosch-Hörner

Anlage 6: Erinnerungsemail

Hier: Rheinland-Pfalz

Die Erinnerungsemail erhielten sechs Bundesländer, die bis zum 04.02.2011 nicht geantwortet hatten. Im Einzelnen waren es:

Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Von: Katharina Bosch-Hörner [<mailto:bosch-hoerner@arcor.de>]

Gesendet: Freitag, 4. Februar 2011 11:41

An: Pressestelle (FM)PF

Betreff: WG: Umfrage zu Gender Budgeting

Sehr geehrter Herr Landwehr,

bisher habe ich 10 Rückmeldungen auf meine Umfrage erhalten.

Um ein möglichst ganzheitliches Bild über den Einführungsstand bei den Bundesländern zu erstellen, bin ich natürlich an einem möglichst 100%igen Rücklauf stark interessiert.

Es wäre schön, auch von Rheinland-Pfalz eine Antwort zu erhalten.

Im Anhang finden Sie den Fragebogen auch als ein doc.-Dokument.

Für ein möglichst kurzfristiges Feedback, wäre ich Ihnen sehr dankbar!

Mit freundlichen Grüßen und ein schönes Wochenende

Katharina Bosch-Hörner

Anlage 7: Bewertung des Gender Budgeting Konzepts

Hier: tabellarische Auswertung

Abbildung 17: tabellarische Auswertung der GB Bewertung

	Keine Angaben	Erhöhung der Transparenz	Verbesserung der Steuerung	Verfolgung als mittel- bis langfristiges Ziel	Koordinierung der Implementierung von einer ressortübergreifenden Stelle	Berücksichtigung der geschlechterspezifischen Auswirkungen im Rahmen von Gender Mainstreaming ausreichend	Der Aufwand für Gender Budgeting steht nicht im Verhältnis zum Nutzen
Baden-Württemberg	X						
Bayern	X						
Berlin		3	3	4	4	4	2
Brandenburg							
Bremen		4	4	4	4	3	2
Hamburg							
Hessen	X						
Mecklenburg-Vorpommern		1	1	1	4	4	4
Niedersachsen		1	1	1	3	3	4
Nordrhein-Westfalen							
Rheinland-Pfalz	X						
Saarland		2	1	3	4	2	
Sachsen		1	1	1		4	4
Sachsen-Anhalt		3	3	3	3	2	1
Schleswig-Holstein	X						
Thüringen	X						
Summe	6						

1 trifft nicht zu

2 trifft teilweise zu

3 trifft zu

4 trifft voll zu

Literaturverzeichnis

- Andler, N.** [Projektmanagement, 2009]: Tools für Projektmanagement, Workshops und Consulting: Kompendium der wichtigsten Techniken und Methoden, Weinheim 2009.
- Bamberg, G./Bauer, F.** [Statistik, 2001]: Statistik, 11. Überarbeitete Auflage, München/Wien/Oldenburg 2001.
- Baumfelder, G.** et al. [Hinweise, 2006]: Hinweise zu Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung, Berlin 2006, abrufbar unter URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/gm/endfassungaaa.pdf?start&ts=1238496204&file=endfassungaaa.pdf> [10.02.2011].
- Bayerischer Landtag** [Antrag, 2011]: Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD zur Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und – steuerung (Gender Budgeting), Drucksache 16/7009 vom 21.01.2011, München 2011.
- Bergmann, N.** et al. [Handbuch zur Umsetzung, 2004]: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung, Wien 2004.
- Bremer Bürgerschaft** [Umsetzung von Gender-Mainstreaming]: Mitteilung des Senats vom 09. Februar 2010. 3. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bremischen Verwaltung, Drucksache 17/1159, Bremen 2010.
- Budlender, D.** et al. [How to do Gender-Sensitive Budget Analysis, 1998]: How to do a Gender-Sensitive Budgets Analysis. Contemporary Research and Practice, London 1998, abrufbar unter URL: <http://www.llbc.leg.bc.ca/public/pubdocs/docs/360141/ausaidtr.pdf> [10.02.2011].
- BMFSFJ** [Schlussfolgerungen, 2007]: Schlussfolgerungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zur Europäischen Fachkonferenz "Die Verteilung macht's - Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte" herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2007, abrufbar unter URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/die-verteilung-machts-schlussfolgerungen-deutsch,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> [12.02.2011].

Bundesministerium der Finanzen [Länderhaushalte, 2009]: Entwicklung der Länderhaushalte 2009. Endgültiges Ergebnis, Berlin 2009, abrufbar unter URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Foederales_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2009/Einnahmen_und_Ausgaben_20der_20L_C3_A4nder_20im_20Jahre_202009_20_28endg_C3_BCltiges_20Ergebnis_29,property=publicationFile.pdf [12.02.2011].

Bundesregierung [Anmerkung zur Machbarkeitsstudie, 2007]: Anmerkung der Bundesregierung zur Machbarkeitsstudie Gender Budgeting, Berlin 2007, abrufbar unter URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/machbarkeitsstudie-gender-budgeting-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> [10.02.2011].

Bundesregierung [Gender Budgeting, 2009]: Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE- Drucksache 16/12147- Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – Umsetzung der Forderung der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. CEDAW-Bericht der Bundesregierung, BT-Drs. 16/12834, Berlin 2009.

De Beauvoir, S. [Das andere Geschlecht, 1949/1960]: Das andere Geschlecht: Eine Deutung der Frau, Hamburg 1949/1960.

Deutscher Bundestag [Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, 2009]: Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten. Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 16/12147- Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – Umsetzung der Forderungen der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. CEDAW-Bericht der Bundesregierung, BT-Drs. 16/12834, Berlin 2009.

DUDEK: Die deutsche Rechtschreibung, 25. Auflage, Mannheim 2011.

Erbe, B. [Haushaltsplanung, 2003]: Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Eine Untersuchung im Auftrag der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München, München 2003, abrufbar unter URL: http://www.muenchen.de/cms/prod1/mde/_de/rubriken/Rathaus/40_dir/frauengleichstellung/broschueren/11gender_budgeting.pdf [16.02.2011].

- Erbe, B./Frey, R.** [Gender Budgeting, 2006]: Gender Budgeting als Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Haushaltspolitik?, in: Lichtenegger, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 181-197.
- Elson, D.** [Geschlechtergerechtigkeit, 2002]: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender-Budgeting? – Textauszug, in: Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hrsg.): Jahresbericht 2002, Berlin 2002, S. 15-16.
- Färber C.** [Perspektiven, 2007] Perspektiven für Gender Budgeting in Deutschland, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft (Hrsg.): Gender Budgeting – Neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik, Berlin 2007, S. 17-41, abrufbar unter URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04423.pdf> [12.02.2011].
- Färber C. et al.** [Machbarkeitsstudie, 2007]: Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2007, abrufbar unter URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/machbarkeitsstudie-gender-budgeting-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> [12.02.2011].
- Freistaat Sachsen** [Antrag der SPD-Fraktion, 2010]: Antrag der SPD-Fraktion, Drs.-Nr. 5/2569, Thema: Umsetzung von Gender Budgeting-Strategien im Sächsischen Landeshaushalt, Beantwortung durch das Staatsministerium der Finanzen, Aktenzeichen L/K/24-H1322-174/821-25253 vom 16. Juni 2010, Dresden 2010.
- Frey, R.** [Das bisschen Haushalt?, 2003]: Das bisschen Haushalt? Gender Budgeting als geschlechtspolitische Strategie, in: Wrede, B. (Hrsg.): Geschlecht und Geld: Tabus, Paradoxien, Ideologien, Opladen 2003, S. 87-102.
- Frey, R.** [Gender Budgeting, 2010]: Gender Budgeting als geschlechtspolitische Strategie, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2, 2010, S. 35-47, abrufbar unter URL: http://www.femtech.at/fileadmin/downloads/Wissen/Literatur/10_Geld_regiert_die_Welt/GB_als_geschlechterpolitische_Strategie.pdf [10.02.2011].

- Frey, R./Köhnen, M.** [Arbeitshilfe Gender Budgeting, 2007]: Arbeitshilfe für Gender Budgeting in der Verwaltung, herausgegeben vom Bundeskanzleramt – Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst, Wien 2007, abrufbar unter URL: http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/attachments/9/0/1/CH0136/CMS1197629195783/arbeitshilfe_fuer_gender_budgeting_in_der_verwaltung.pdf [12.02.2011].
- Gubitzer, L.** et al. [Endbericht, 2008]: Gender Budgeting als Beitrag zur Demokratisierung europäischer Wirtschaftspolitik? – Endbericht im Auftrag vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2008, abrufbar unter URL: http://www.femtech.at/fileadmin/downloads/Wissen/Themen/Gender_allgemein/Gender_Budgeting_Demokratisierung_Wirtschaftspolitik.pdf [12.02.2011].
- Hessischer Landtag** [Gender Budgeting, 2009]: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erprobung der Wirkungsweise des Gender Budgeting an zwei Beispielen – Fördermittelbuchungskreise Sportförderung und Freiwillige Transferleistungen – Gender Budgeting im Haushaltsplan 2009, Drucksache 18/470 vom 26.05.2009, Wiesbaden 2009.
- Hieber, F.** [Öffentliche BWL, 2005]: Öffentliche Betriebswirtschaftslehre. Grundlagen für das Management in der öffentlichen Verwaltung, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, Sternenfels 2005.
- Kaya, M.** [Datenerhebung, 2009]: Verfahren der Datenerhebung, in: Albers, S./Klapper, D./Konradt, U./Walter, A./Wolf, J. (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung, 3. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 49-64.
- Klatzer, E.** [Engendering Budgets, 2003]: Geschlechtergerechtigkeit als Kernthema der Budget- und Wirtschaftspolitik: Analyse der Theorie und Praxis von Engendering Budgets, Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien, 2003.
- Klatzer, E.** [Budgetgestaltung, 2006]: Geschlechtergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich: Überblick und Ausblick, in: Lichtenecker, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 133-153.
- Klatzer, E.** [Neue Qualitätsmaßstäbe, 2008]: Neue Qualitätsmaßstäbe für die Finanzpolitik – Gender Budgeting als Prüfmaßstab geschlechter-

gerechter Budgetpolitik, in: Appiano-Kugler, I./Kogoj, T. (Hrsg.): Going Gender and Diversity, Wien 2008, S. 113-122.

Korb, S. [Gender Budget, 2008]: Gender Budget – Konzept und Bedeutung für das Management Öffentlicher Bibliotheken, Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 2008.

Landtag von Baden-Württemberg [Gender Budgeting Landeshaushalt, 2008]: Antrag der Abg. Veronika Netzhammer u.a. CDU, der Abg. Christine Rudolf u.a. SPD, der Abg. Edith Sitzmann u.a. GRÜNE und der Abg. Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP und Stellungnahme des Finanzministeriums – Gender Budgeting im Landeshaushalt, LT-Drs. 14/3071, Stuttgart 2008.

Landtag von Baden-Württemberg [Öffentliche Anhörung, 2009]: Öffentliche Anhörung zum Thema „Geschlechtergerechte Mittelverteilung“, gemeinsame Sitzung Finanzausschuss, 48. Sitzung / Sozialausschuss, 29. Sitzung, Dienstag 14. Juli 2009, Stuttgart 2009.

Landtag von Baden-Württemberg [Gender Budgeting, 2009]: Kleine Anfrage der Abg. Veronika Netzhammer CDU und Antwort des Finanzministeriums – Gender Budgeting in der Europäischen Union, LT-Drs. 14/5073, Stuttgart 2009.

Landtag von Baden-Württemberg [Beschlussempfehlungen, 2010]: Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten, LT-Dr. 14/5683, Stuttgart 2010.

Landtag von Baden-Württemberg [Plenarprotokoll, 2010a]: Plenarprotokoll 14/90, 90. Sitzung, Stuttgart, Donnerstag 11. März 2010, TOP 22, Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/5683, 14/5948, Stuttgart 2010, S. 6392.

Landtag von Baden-Württemberg [Landesregierung, 2010]: Mitteilung der Landesregierung. Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier Gender Budgeting im Landeshaushalt, LT-Dr. 14/6986, Stuttgart 2010.

Landtag von Baden-Württemberg [Beschlussempfehlung und Bericht, 2010]: Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. September 2010 – Drucksache 14/6986, LT-Drs. 14/7140, Stuttgart 2010.

- Landtag von Baden-Württemberg** [Plenarprotokoll, 2010b]: Plenarprotokoll 14/105, 105. Sitzung, Stuttgart, Donnerstag 25. November 2010, TOP 16, Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. September 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gender-Budgeting im Landeshaushalt – Drucksache 14/6986, 14/7140, Stuttgart 2010, S. 7527.
- Landtag von Rheinland-Pfalz** [Beschluss, 2010]: Beschluss vom 27. Mai 2010, Gender-Budgeting als haushaltspolitisches Instrument verankern, zu Drucksachen 15/3913/4548, Mainz 2010.
- Landtag von Sachsen-Anhalt** [Beschluss, 2011]: Beschluss des Landtags von Sachsen-Anhalt in der 87. Sitzung zur Berücksichtigung von Gleichstellungsindikatoren im Rahmen strategischer Steuerung, Drucksache 5/87/3062 B vom 02.02.2011, Magdeburg 2011.
- Lichtenecker, R.** [Gender Budget Analyse, 2006]: Gender Budget Analyse: Akademische Übung oder politische Relevanz?, in: Lichtenecker, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 167-179.
- Lichtenecker, R./Salmhofer, G.** [Vorwort, 2006]: Vorwort, in: Lichtenecker, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 7-9.
- Lober, E.** [Haushaltswirtschaft, 2003]: Haushaltswirtschaft des Landes Baden-Württemberg, 3. überarbeitete Auflage, Stuttgart u.a. 2003.
- Mader, K.** [Gender Budgeting, 2010]: Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik, in: Forum für Politische Bildung (Hrsg.): Wirtschaft und Politik, Informationen zur Politischen Bildung, 33, Wien 2010, S. 44-49.
- Madörin, M.** [Care Economy, 2001]: Care Economy – ein blinder Fleck in der Wirtschaftstheorie, in: Widerspruch, 40/2001, Zürich, S.41-45, abrufbar unter URL: <http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2001/nr03/Wirtschaft/12386.html> [07.02.2011].

- Madörin, M.** [Gender Budgeting aus Schweizer Sicht, 2006]: Gender Budgeting aus Schweizer Sicht: Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming, in: : Lichtenegger, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 115-130.
- Mayrhuber, C.** et al. [Gender-Budget-Analysen, 2007]: Gender-Budget-Analysen: Methodische und konzeptionelle Grundlagen, in: WIFO, 1, Wien 2007, S. 47-54, abrufbar unter URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28022&typeid=8&display_mode=2 [12.02.2011].
- Mayrhuber, C.** et al. [Kurzfassung, 2006]: Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich. Kurzfassung, herausgegeben vom Oberösterreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien 2006, abrufbar unter URL: [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2006_GENDER_BUDGET_KURZ_27104\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2006_GENDER_BUDGET_KURZ_27104$.PDF) [12.02.2011].
- Michalitsch, G.** [Geschlechterpolitische Defizite, 2006]: Geschlechterpolitische Defizite: Staatsfinanzen und Gender Budgeting, in: Lichtenegger, R./Salmhofer, G. (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 13-28.
- Nungesser, K.** [Keine Zauberformel, 2002]: Keine Zauberformel. Zahlen erheben allein reicht nicht. „Gender Budgeting“ klingt gut – doch das Konzept bleibt vielfach inhaltsleer, in: Freitag, 10. Mai 2002, S. 17, abrufbar unter URL: <http://www.freitag.de/politik/0220-zahlen-erheben-reicht> [09.02.2011].
- Rudolf, C.** [Chance oder Pleite?, 2008]: Gender Budgeting – Chance oder Pleite?, in: Zeitschrift für Politikberatung, Volume 1, 3-4, Berlin 2008, S. 487-506.
- Sozialministerium Baden-Württemberg** [Gender Mainstreaming, 2003]: Gender Mainstreaming. Chancengleichheit als Leitprinzip, Stuttgart 2003.

Weinmann, U. [Implementierung von Gender Budgeting, 2007]: Implementierung von Gender Budgeting im Land Berlin – Konzept, Strategie, Methode, Ergebnisse und Perspektiven – II CONFERENCIA ANDALUZA DE ECONOMÍA Y PRESUPUESTOS EN CLAVE DE GÉNERO – Malaga 12 y 13 dicimbre 2007, abrufbar unter URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-gender/vortrag.pdf?start&ts=1240576656&file=vortrag.pdf> [24.02.2011].

Weinmann, U. et.al. [Leitfaden, 2007]: Leitfaden zur Umsetzung von Gender Budgeting im Zuwendungswesen, Berlin 2007, abrufbar unter URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-gender/leitfaden_endversion_druckerei.pdf?start&ts=1244898971&file=leitfaden_endversion_druckerei.pdf [24.02.2011].

Verzeichnis zitierter Internet-Quellen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Unterschiede zwischen Gender Mainstreaming und Frauenpolitik, abrufbar unter URL: <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Hintergrund/gender-mainstreaming-und-frauenpolitik.html> [26.02.2011].

Bundesministerium der Finanzen Österreich: Gender Budgeting – Forum Finanz vom 28. Februar 2008, abrufbar unter URL: https://www.bmf.gv.at/Finanzministerium/GenderMainstreaming/GenderBudgeting/_start.htm [26.02.2011].

Council of Europe: Gender Budgeting: practical implementation. Handbook, Straßburg 2009, abrufbar unter URL: [http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/equality/03themes/gender-mainstreaming/CDEG\(2008\)15_en.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/equality/03themes/gender-mainstreaming/CDEG(2008)15_en.pdf) [26.02.2011].

Europäische Kommission: Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015, Brüssel 2010, abrufbar unter URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0491:FIN:DE:PDF> [26.02.2011].

Europäische Parlament: Gender Budgeting. Entschließung des Europäischen Parlaments zu „Gender Budgeting“ – Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten (2002/2198(INI)), P5_TA(2003)0323, abrufbar unter URL: [http://www.europarl.europa.eu/registre/seance_pleniere/textes_adoptes/definitif/2003/07-03/0323/P5_TA\(2003\)0323_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/registre/seance_pleniere/textes_adoptes/definitif/2003/07-03/0323/P5_TA(2003)0323_DE.pdf) [26.02.2011].

Finanzministerium Baden-Württemberg: Haushalt, abrufbar unter URL: <http://www.fm.baden-wuerttemberg.de/de/Haushalt/222399.html> [26.02.2011].

Finanzministerium Baden-Württemberg: Pressemitteilung, Sparpaket über 500 Millionen Euro in den Landtag eingebracht, abrufbar unter URL: http://www.fm.baden-wuerttemberg.de/de/Aktuelle%20Pressemitteilungen/243148.html?_min=_fm&template=min_meldung_html&referer=110380 [26.02.2011].

Sozialministerium Baden-Württemberg: Chancengleichheit von Frauen und Männern, abrufbar unter URL: http://www.sozialministerium-bw.de/de/Chancengleichheit_von_Frauen_und_Maennern/82087.html [26.02.2011].

Spiegel: Pfister, R.: Der neue Mensch, Ausgabe 1/2007, abrufbar unter URL: <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=50034726&aref=image036/2006/12/28/ROSP200700100270029.PDF&thumb=false> [26.02.2011].

taz: Flothmann, K.: Gender Budgeting hilft Frauen. Weibliche Finanzspritzen, 28.01.2008, abrufbar unter URL: <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/weibliche-finanzspritze/> [26.02.2011].

The Commonwealth: allgemeine Informationen, abrufbar unter URL: <http://www.thecommonwealth.org/> [26.02.2011].

UN: Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz – Beijing 1995, abrufbar unter URL: http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/anh_2_15.html#vi [26.02.2011].

UN WOMEN: Mishra, Y.: Gender-Responsive Budgeting as a tool for alternative economic planning, 2010, abrufbar unter URL: http://www.gender-budgets.org/index.php?option=com_content&view=article&id=718:gender-responsive-budgeting-as-a-tool-for-alternative-economic-planning&catid=51:news&Itemid=642 [26.02.2011].

Ehrenerklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

.....
Datum

Unterschrift